

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- **Niedersachsen: Überwältigende Mehrheit stimmte für Streik im öffentlichen Dienst – Seite 4**
- **Internationale Initiative: Der „europäische“ Gefangene Öcalan – 7 Jahre – Seite 7**
- **Gegen Diskriminierung von MigrantInnen aus islamischen Kulturkreisen – Seite 12**
- **Arbeiterbewegung und Globalisierung – Seite 15**
- **„Gegen Gewalt – GegenGewalt“ – eine Kunst-Ausstellung – Seite 19**

Ausgabe Nr. 4 am 23. Februar 2006, Preis 1,80 €

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier allerLänder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIEN VIERZEHNTAGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de - Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation : Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de - Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Für den Generalbundesanwalt ist nur Vorbereitung eines Angriffskrieges strafbar

PE, 3.2. scc. Die in der Kooperation für den Frieden zusammengeschlossenen Friedensorganisationen haben Antwort auf ihre Anzeige gegen Schröder, Fischer und andere Mitglieder der früheren rot-grünen Bundesregierung wegen des Verdachts der Beihilfe zum Angriffskrieg erhalten. Sie hatten Anzeige erstattet, nachdem bekannt geworden war, dass die Kriegsunterstützung nicht nur passiv durch die Gewährung der Land- und Luftraumnutzung, sondern auch aktiv durch Beteiligung von BND-Männern bei der Zielerfassung vorgenommen wurde.

Jetzt antwortete der Generalbundesanwalt, die Informationen über den BND begründeten, unabhängig von ihrem Wahrheitsgehalt, keinen Anfangsverdacht wegen eines Verbrechens. Denn nach § 80 Abs. 1 StGB („Wer einen Angriffskrieg ..., an dem die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sein soll, vorbereitet und dadurch die Gefahr eines Krieges für die Bundesrepublik Deutschland herbeiführt, wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe oder Freiheitsstrafe nicht unter zehn Jahren bestraft“) „ist nur die Vorbereitung an einem Angriffskrieg und nicht der Angriffskrieg selbst strafbar, so dass auch die Beteiligung an einem von anderen vorbereiteten Angriffskrieg nicht strafbar ist ...“

Demgegenüber hatte kürzlich das Bundesverwaltungsgericht festgestellt: „Wenn ein Angriffskrieg jedoch von Verfassungs wegen bereits nicht ‚vorbereitet‘ werden darf, so darf er nach dem offenkundigen Sinn und Zweck der Regelung erst recht nicht geführt oder unterstützt werden.“ Die Kooperation für den Frieden schlussfolgert aus der Antwort des Generalbundesanwalts, dass es nun die dringlichste Aufgabe des Gesetzgebers sei, die Strafbarkeitslücke umgehend zu schließen und dem impliziten Gesetzgebungsaufrag aus Art. 26 GG in vollem Umfang nachzukommen.

SGB II Reform der Mietschuldenübernahme führt zu Anstieg der Wohnungslosigkeit

www.bagw.de, 17.2. alk. Die am 17. Februar im Bundestag verabschiedete Neuregelung zur Mietschuldenübernahme im Rahmen des Sozialgesetzbuchs II wird zu einem Anstieg der Zahl der Wohnungsverluste führen. Darauf macht die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (BAG W), die Dachorganisation der Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe, aufmerksam. Die erst 1996 in das Bundessozialhilfegesetz eingeführte umfassende Rege-

lung zur Mietschuldenübernahme wird – gegen ausdrücklichen Rat der Fach- und Spartenverbände – wesentlich begrenzt. So wird beispielsweise Erwerbstätigen, die nicht im Leistungsbezug des SGB II stehen, die Möglichkeit verwehrt, Mietschuldenübernahme zu beantragen. Dieser Personenkreis macht nach Schätzungen der Forschung ca. 40% der von Wohnungslosigkeit bedrohten Personen aus. Darüber hinaus ist eine Mietschuldenübernahme nicht mehr als Beihilfe, sondern nur noch als Darlehen möglich. Der Geschäftsführer der BAG W, Dr. Thomas Specht-Kittler: „Dies wird zu einer weiteren Anstieg der Zahl der überschuldeten Haushalte beitragen. Der Zweck der Mietschuldenübernahme, die Verhinderung von Wohnungslosigkeit, wird damit verfehlt.“ Die BAG W hält das Verfahren, die bislang bewährte Regelung innerhalb von zwei Wochen ohne ausreichende Beteiligung der Fachleute und Betroffenen abzuschaffen, nicht für angemessen. Es wird, wie die schon unter Hochdruck beschlossene Einführung der Hartz-IV-Gesetzgebung, zu erheblichen Verwerfungen für Verwaltung und Sozialarbeit führen, die eine effektive präventive Arbeit deutlich behindern. Die BAG Wohnunglosenhilfe fordert den Gesetzgeber dringend auf, im Rahmen des Nachfolgegesetzes zur Änderung des SGB II, die Mietschuldenübernahme neu zu fassen. Sie fordert: Wahlweise Gewährung der Mietschuldenübernahme als Beihilfe oder Darlehen; Einbezug des Personenkreises der Niedrigeinkommensbezieher in die Regelung der Mietschuldenübernahme.

Mauretanien als EU-Vorposten

hav. 19.2. Ein Sonderemissär des durch einen Putsch an die Macht gelangten Staatspräsidenten Mauretanien, eines für Folter und mutmaßliche Liquidierungen verantwortlichen Geheimdienstspezialisten, hat bei einem Besuch in Berlin „Rechtssicherheit für ausländische Investoren“ zugesagt. Mauretanien steht vor einem Öl- und Gasboom, von dem auch deutsche Unternehmen profitieren wollen; dabei stoßen sie auf internationale Konkurrenz. Paris verfügt in seiner ehemaligen Kolonie noch immer über starken Einfluss. Die historischen Privilegien Frankreichs werden von Bemühungen überlagert, Mauretanien in das weltweite Expansionsprogramm der Nato- und EU-Staaten zu integrieren. In diesem Bündnisrahmen verlangt Berlin gleichberechtigten Zugang zu den Eliten des Landes, denen fortwährende Verstöße gegen elementare Grundrechte nachgesagt werden. Ungeachtet der Diktatorialverhältnisse darf Mauretanien am Nato-„Mittelmeerdialog“ teil-

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

nehmen und ist als Vollmitglied für eine Vorhof-Gründung der EU vorgesehen („Euro-Mediterrane Partnerschaft“). Nach Berliner Vorstellungen soll Mau-retanien auch wichtige Dienste bei der deutschen Armutabwehr übernehmen – als Sammelstelle für Flüchtlinge in Arbeitskräfte- und Rückführungslagern.

Sonderwirtschaftszone Kalinigrad

www.german-foreign-policy.com, 12.2., hav. Das jetzt von Präsident Putin unterzeichnete neue Gesetz über die Sonderwirtschaftszone Kaliningrad, das am 1. April in Kraft tritt, lädt die EU-Staaten ausdrücklich ein, die Exklave zu internationalisieren. Ausländischen Produzenten werden zahlreiche Vergünstigungen gewährt. So entfällt für Unternehmen, die sich in der Sonderwirtschaftszone ansiedeln, sechs Jahre jegliche Steuerabgabe auf Gewinne; weitere sechs Jahre werden Gewinne nur hälftig berechnet. Investoren sind in diesem Zeitraum von der Vermögenssteuer befreit. Vor allem das deutsche Kapital jubelt. Zur Vorstellung der neuen Investitionsmöglichkeiten reisten Ende Januar der Sonderbevollmächtigte des russischen Präsidenten für die EU (Sergej Jastrschembskij) und fast die gesamte Regierung der Oblast Kaliningrad sowie einige Dutzend regionaler Unternehmer in die deutsche Hauptstadt. Dort wurde die Fluglinie Kaliningrad-Berlin feierlich eröffnet. Das Ereignis begleitete die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) mit einem „Businessforum“, auf dem der Gouverneur und Bürgermeister von Kaliningrad, Georgij Boos, deutschen Investoren „fantastische Wettbewerbsvorteile“ in der russischen Exklave versprach. Das unmittelbar vor der Realisierung stehende Sonderwirtschaftsprojekt entspricht deutschen Plänen, die bereits Ende der 1980er Jahre vorsahen, Kaliningrad zum Freihandelsgebiet zu erklären. Nach der deutschen Vereinigung wurde die Forderung laut, in dem früheren Königsberg eine „deutsche Teilidentität“ zu verwirklichen. Die tatsächliche Entwicklung der vergangenen Jahre verhilft den damals als abseitig beurteilten Vorstellungen zu weiterer Akzeptanz. Selbst die Rückbenennung Kaliningrads in „Königsberg“ findet in der Ostseestadt neue Zustimmung.

Monopol und Konkurrenz

hav. 19.2. „Ist das Monopol einmal zu stande gekommen und schaltet und waltet es mit Milliarden, so durchdringt es mit absoluter Unvermeidlichkeit alle Gebiete des öffentlichen Lebens, ganz unabhängig von der politischen Struktur und beliebigen anderen Details.“ (Lenin)



Staatstheater anlässlich Vogelgrippe

FAZ, 21.2. maf. Auf der Insel Rügen wird derzeit der Notstand geprobt. Die Tierseuche H5N1 hat auf ihrem weltweiten Zug das Gebiet der BRD erreicht, etwas früher als von den Fachleuten erwartet, deutlich vor Beginn des jahreszeitlichen Vogelzuges, und anderswo als erwartet, nämlich in Rügen und nicht am Bodensee. Gegen die Ausbreitung der Seuche beim Wildgeflügel gibt es keine wirksamen Maßnahmen. Es bestehen jedoch Aussichten, ein Übergreifen auf die Geflügelzucht zu verhindern. Diesem Ziel sollen die vom Landratsamt Rügen angeordneten Maßnahmen laut Bericht der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ) durchaus genügt haben. Höchstens im Umgang mit der Presse sei der Rügener Landrätin man-gelnde Vorsicht vorzuwerfen. Landrätin Kerstin Kassner gehört der PDS an, und so will die Stellungnahme der FAZ etwas heißen. Inzwischen haben auf Rügen über-geordnete Behörden das Kommando in der Hand. Obwohl die Wahrscheinlichkeit einer Übertragung des Virus H5N1 auf Menschen bei Beachtung minimaler Hygiene (Händewaschen) nach der Auskunft der Wissenschaft nahe null ist, zeigt man Einheiten der ABC-Truppen der Bundeswehr in seuchenfesten Kampfanzügen. Kann die Vogelgrippe militärisch bekämpft werden, ist es hier ausnahmsweise mal richtig, mit Kanonen auf Spatzen zu schießen?

Dieses Spektakel wird nicht helfen. Es fehlt wo anders. Bisher vorhandene Impfstoffe würden ein Übergreifen des Erregers auf Nutzviehbestände maskieren, hier hat man nicht genug für die Forschung getan. Wirksame hygienische Verfahrensvorschläge kommen auch nicht aus den Gewehrläufen, sondern aus der Arbeit der tierärztlichen und humanmedizinischen Einrichtungen. Sieht man die Fernsehnachrichten als Instruktion für den Fall einer Mutation von H5N1 hin zur direkten Übertragung von Mensch zu Mensch, dann erkennt man eine Fehlsteuerung, es wird versucht, ein reales Problem durch Machtdemonstration zu lösen. Die PDS-Landrätin hat, wenn man der FAZ glauben will, dergleichen nicht versucht, aber dafür gibt es ja auch das Land, den Bund, die Bundeswehr.

Nach einem Zwischenbericht der EU-Wettbewerbskommissarin Nelli Kroes werden die großen Strom- und Gasmärkte von oligopolistischen Strukturen beherrscht, wo Ex-Monopolisten ihre Marktmacht ausnutzen, um Preise zu diktieren. Im Visier der EU-Wettbewerbsbehörde stehen die französische EDF und die deutschen Versorger EON und RWE. „Mit einigen wenigen Ausnahmen haben die drei größten nationalen Unternehmen einen sehr großen Marktanteil von über 75% sowohl im Strom als auch im Gasbereich.“, heißt es in einem jetzt schon bekannt gewor-

denen Bericht, der diese Woche offiziell vorgestellt werden soll. Anlass für die seit Juni 2005 laufende Untersuchung des Energiemarktes waren Beschwerden industrieller Großkunden in Europa. Auch dazu ein passendes Lenin-Zitat: „Zugleich aber beseitigen die Monopole nicht die freie Konkurrenz, aus der sie erwachsen, sondern bestehen über und neben ihr und erzeugen dadurch einen Reihe besonders krasser und schroffer Widersprüche, Reibungen und Konflikte.“

Zusammenstellung alk

Überwältigende Mehrheit stimmte für Streik im öffentlichen Dienst

„Die Einführung der 40-Stunden-Woche hieße bei den Kommunen und beim Land den Abbau von 8.600 Stellen, – Mehrarbeit für umsonst, – weniger Geld für Teilzeitbeschäftigte, – befristete Verträge laufen aus, – Auszubildende werden nicht übernommen. Gemeinsam gegen Arbeitszeitverlängerung! Gemeinsam gegen Arbeitsplatzvernichtung!“ so der Aufruf von ver.di gegen die Kündigung der Arbeitszeitregelungen im tvöd im kommunalen Bereich und für das Wiederinkrafttreten der 38,5-Stunden-Woche, Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld und die Übernahme des tvöd für die Landesbeschäftigte.

„Noch nie hatten wir eine so hohe Zustimmung bei einer Urabstimmung zum Streik“, stellte ver.di-Landesleiter Wolfgang Denia befriedigt fest. Im Bereich des Landes stimmten die Beschäftigten wie im Bundestrend (mehr als 94 Prozent) für Streik. Im Bereich der Kommunen, der kommunalen Betriebe und der Sparkassen sprachen sich über 95 Prozent der ver.di-Mitglieder für einen Arbeitskampf aus. Wolfgang Denia: „Dieses beeindruckende Ergebnis ist sicherlich aus der Erkenntnis der Kolleginnen und Kollegen gewachsen, dass es sich nicht um eine normale Tarifrunde handelt, sondern dass es hier darum geht, die Arbeitsplätze zu verteidigen. Die Beschäftigten haben mit ihrem klaren Votum gezeigt, dass sie entschlossen sind, dafür unbefristet in den Arbeitskampf zu gehen.“

Insgesamt beteiligten sich in den Kommunen etwa 20.000 Beschäftigte in rund 500 Betrieben und Ämtern an der Urabstimmung.

13.2. Erster Streiktag, ver.di-Information:

4.000 Beschäftigte im Streik in über 60 Orten. An den Streiks beteiligten sich 45 Straßen- und Autobahnmeistereien, Abfallwirtschaftsbetriebe in Osnabrück, Northeim, Wolfsburg, Holzminnen, Cuxhaven, die Medizinische Hochschule Hannover, Krankenhäuser in Northeim, Soltau, Walsrode, die Tierärztliche Hochschule Hannover sowie Beschäftigte von über 20 Städten und Landkreisen.

Zu einem Zwischenfall kam es am frühen Morgen beim Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Osnabrück. Hier hatten Streikende versucht, die vom Arbeitgeber angeheuerten Streikbrecher, die zum Teil Ein-Euro-Kräfte waren, an der Aufnahme der Arbeit zu hindern. Der daraufhin erfolgte Polizeieinsatz stieß bei der Gewerkschaft auf Unverständnis und Kritik. „Dieser auch von den Politikern zu verantwortende Polizeieinsatz gegen Streikende steht in keinem Verhältnis zum Streik, „kritisierte ver.di-Geschäftsführer Jürgen Humer. „In völlig überzogener Weise wurde das demokratische Grundrecht auf Streik missachtet.“

14.2. Zweiter Streiktag, ver.di-Information:

6.000 Beschäftigte beteiligen sich in 80 Orten am Arbeitskampf. 12 Krankenhäuser mit Schwerpunkt Hannover und Göttingen sowie 15 Abfallwirtschaftsbetriebe wurden bestreikt. 55 Autobahn- und Straßenmeistereien beteiligen sich.

Eine Streikkundgebung der ganz anderen Art erlebte die Landeshauptstadt am zweiten Streiktag. Erzieherinnen



Bild: Aktionstag am 1.2. in Braunschweig, Städtisches Klinikum. Bild: ver.di

und Erzieher, Mütter und Väter mit ihren Kindern protestierten vor dem Haus des Kommunalen Arbeitgeberverbandes (KAV) gegen die Verlängerung der Arbeitszeit. An den Geschäftsführer des Kommunalen Arbeitgeberverbandes, Bernd Wilkening, richtete der Vorsitzende der Elterninitiative die Aufforderung: „Belassen Sie es bei der 38,5-Stunden-Woche. Im Interesse unserer Kinder.“ Und führte aus: „... Es geht um Stellenabbau, 20 Prozent der 575 Beschäftigten in den städtischen Kitas haben befristete Arbeitsverträge.“

15.2. Dritter Streiktag, ver.di-Information:

9.000 Beschäftigte des Landes und der Kommunen in Niedersachsen haben am heutigen Arbeitskampf teilgenommen. Darunter Beschäftigte von acht Hochschulen in Niedersachsen. Die Zahl der bestreikten Krankenhäuser, Uni-Kliniken und Landeskrankenhäuser hat sich von 12 auf 30 erhöht. An einer Streikversammlung in Göttingen nahmen 1.800 Beschäftigte teil, zu denen der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske gesprochen hat.

16.2. Vierter Streiktag, ver.di-Information:

12.000 Beschäftigte legten ihre Arbeit nieder. Regionaler Schwerpunkt bildete die Region Braunschweig, wo sich an einer Kundgebung rund 2.500 Streikende beteiligt haben. 2.500 Streikende aus allen Bereichen des öffentlichen Dienstes versammelten sich in Hannover. Auszubildende und Krankenpflegeschülerinnen in der Region Hannover hatte ver.di zu einer eigenen Demonstration aufgerufen. Auf Transparenten war zu lesen: „Wir streiken gemeinsam, um der Öffentlichkeit zu zeigen, dass es nicht um 18 Minuten geht!“ und „Wir streiken für die 38,5-Stunden-Woche, damit die Jugend eine Zukunft hat!“ 250 Beschäftigte der Staatstheater in Hannover und Braunschweig sowie der Sparkasse Göttingen streikten, am 15.2. hatten 200 Beschäftigte der Sparkassen in Lüneburg und Osnabrück am Streik teilgenommen. Weiterhin streikten in zwölf Orten Erzieherinnen von Kindertagesstätten. Gestreikt wurde in elf Be-



ver.di-Demonstration in Stuttgart. Bild: rok

Meldung von dpa am 16.2.: Streikwelle ausgeweitet – 33 000 im Ausstand – Kein Ende absehbar

Berlin (dpa) – Die Streikwelle im öffentlichen Dienst hat sich am Donnerstag noch einmal ausgeweitet. Nach Angaben der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di traten 33 000 Beschäftigte aus Ländern und Kommunen in den Ausstand, 3000 mehr als am Vortag. Ein Ende des Arbeitskampfes war nicht absehbar. An diesem Montag wollen sich Vertreter der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und ver.di treffen.

Die Schwerpunkte des Arbeitskampfes in neun Bundesländern lagen wieder in Baden-Württemberg und Niedersachsen, wo sich jeweils 12000 Menschen beteiligten. Im Mittelpunkt standen Universitätskliniken und andere Krankenhäuser, Müllabfuhr, Straßenmeistereien und Hochschulen. Mit Arbeitsniederlegungen und Kundgebungen kämpfen die Beschäftigten gegen die Verlängerung der Arbeitszeit sowie gegen Kürzungen bei Urlaubs- und Weihnachtsgeld.

In den sechs Uni-Kliniken von Nordrhein-Westfalen (Bild: Essen, ver.di) wurde der vierte Streiktag eingeläutet. Seit Montag sind dort knapp 3000 Mitarbeiter im Ausstand. In Bayern wurde der Arbeitskampf auf weitere Großkrankenhäuser ausgedehnt. Am Vortag hatten an bayerischen Uni-kliniken bereits rund 1400 Beschäftigte die Arbeit niedergelegt.



In Baden-Württemberg, wo die Kampfmaßnahmen am 6. Februar begannen, führte der Streik zu einer Eintagswelle in die Gewerkschaft. Seit Januar hätten rund 3000 Menschen einen Mitgliedsausweis beantragt, so viele wie sonst in sechs Monaten, sagte ver.di-Landesbezirksleiterin Sybille Stamm. In Stuttgart lehnte die Staatsanwaltschaft die Aufnahme von Ermittlungen gegen ver.di-Funktionäre wegen einer verschobenen Operation eines kleinen Mädchens ab. Das Verschieben des Eingriffs habe keine gesundheitlichen Folgen für das Kind. Der Vater des Mädchens hatte Anzeige gegen zwei Gewerkschafter erstattet.

In Hamburg blieben die Betriebe der Müllabfuhr erneut geschlossen. Haus- und Sperrmüll wurden nicht abgeholt.

Angesichts drohender gesundheitlicher Gefahren, vor allem durch die Vogelgrippe, forderten Mediziner umgehend ein sofortiges Ende des Streiks. „Beenden Sie den Müllkrieg“, appellierte Klaus Wagner, Vorsitzender des Hartmannbundes Hamburg, an die Streikenden.

In Mainz machten 1000 Landesbeschäftigte ihrem Unmut bei einem Demonstrationszug Luft. Die Landesregierung nannte den ver.di-Streikauftrag „unangemessen und nicht akzeptabel“. In Nordthüringen gab es einen ersten Warnstreik. Rund 100 Beschäftigte des Straßenbauamtes Nordthüringen legten nach Gewerkschaftsanträgen für zwei Stunden die Arbeit nieder.

(Quelle dpa, 16.2.06)

trieben der Abfallwirtschaft in Niedersachsen. Die Zahl der einbezogenen kommunalen und Landes-Krankenhäuser erhöhte sich auf insgesamt 33 in ganz Niedersachsen. 55 Autobahn- und Straßenmeistereien, beteiligten sich ebenfalls. Auch Beschäftigte Fachhochschulen und Universitäten waren wieder im Ausstand. Zugenummern hat die Zahl der Streikenden im Bereich der kommunalen Verwaltung vor allem in Hannover und Braunschweig.

Die Breite der einbezogenen Betriebe und die Zahlen der Beteiligung machen deutlich, dass die Beschäftigten nicht länger Kürzungen und Verzicht hinnehmen wollen. Es gibt massenweise Eintritte in die Gewerkschaft. Diese sind nicht nur dem Umstand geschuldet, dass bei Schließung von Betrieben dann Streikgeld gezahlt wird, sondern es sind auch bewusste Schritte, die eigenen Interessen zu stärken. Viele Beschäftigte sind das erste Mal dabei, haben zum ersten Mal Flugblätter verteilt und sich an den Aktionen beteiligt. Dies wird auch für die Zukunft Wirkung haben.

Die Arbeitgeber und die Presse hetzen gegen den Streik

Nachdem bekannt wurde, dass ver.di Urabstimmungen durchführen will,

versuchte Finanzminister Möllring, Vorsitzender der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) den Druck auf die Beschäftigten zu erhöhen. Möllring drohte in der Presse: „Als Alternative bliebe nur, mehr Personal abzubauen. Kündigungen im öffentlichen Dienst seien dann nicht mehr ausgeschlossen – und das trafe besonders ungerecht die Jüngeren. Eine Alternative zur 40-Stunden-Woche, Streichung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld ist die Kündigung von Landesbeschäftigten.“ Dazu ver.di: „Das so darzustellen ist reine Erpressung, denn die Landesregierung hatte bereits unmittelbar nach der Wahl beschlossen, bis Ende 2009 insgesamt 7.000 Stellen abzubauen. Lange, bevor wir zum Streik aufgerufen haben. Zur Erinnerung: Das Land hat bereits im August 2004 zum 31.12.2004 die bestehende 81er Vereinbarung zur Staatsmodernisierung, in der der Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen vereinbart war, gekündigt. Das heißt, das Land hatte schon lange, bevor wir in der Tarifauseinandersetzung waren, für sich entschieden, dass sie die Option zur Kündigung haben.“

Weiter ließ Möllring per Presse und Rundfunk verbreiten, er habe einen großen Müllheimer, da passe viel rein. Oder,

wer denn schon merke, wenn die Statistischen Ämter streikten. Und in all diesen Beiträgen gebetsmühlenartig, dass es ja nur um 18 Minuten Mehrarbeit ginge. Ver.di hat mit einem Plakat dagegen gesetzt: „Täglich 18 Minuten über unsere Argumente nachdenken, Herr Möllring, dann wäre ein Streik überflüssig!“

Besonders massive Hetze kam dann aus dem Krankenhausbereich. In einer Pressekonferenz am 14.2., dem zweiten Streiktag, äußerten sich Professoren der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) gegenüber der Presse. Unter der Überschrift „MHH-Ärzte warnen ver.di: Der Streik gefährdet Leben“ wurde berichtet: „Die Streikenden spielen mit Menschenleben“. Aus ärztlicher Sicht dringend erforderliche Eingriffe bei vier Herzpatienten hätten bereits verschoben werden müssen. „Für diese Patienten lehnen ich die ärztliche Verantwortung ab“, so der Direktor der Klinik für Thorax-, Herz- und Gefäßchirurgie Professor Haverich. Auch aus der Krebsklinik und Urologie sprachen Professoren von „15 dringend behandlungsbedürftigen Patienten, die bisher nicht operiert werden konnten“.

Ver.di hat gegen diese massive Hetze auf die Notdienstvereinbarung hinge-

wiesen, die zwischen der Hochschulleitung und ver.di getroffen wurde, und der Personalratsvorsitzende stellte richtig, dass im Streik die Ärzte über Notfälle entscheiden und zusätzliche Fälle akut behandelt wurden.

Innerhalb der Hochschule haben die Äußerungen der Professoren unter den Beschäftigten für Empörung gesorgt, nicht nur bei den am Streik Beteiligten. In Flugblättern von ver.di heißt es zu der Hetze: „Wir sorgen uns um die Patienten, wollen nicht zulassen, dass sie in dem Konflikt instrumentalisiert werden, und appellieren an den Verhandlungsführer Möllring, am 20. Februar ein verhandlungsfähiges Angebot auf den Tisch zu legen.“ In Gesprächen mit Patienten und Besucherinnen/Besuchern wurde der Streik der Beschäftigten unterstützt.

Zwar wird in der Presse weiter geheizt. Ein Anwalt, der nicht persönlich betroffen ist, hat den Landesvorsitzenden von ver.di aufgrund der Aussagen der Hochschulprofessoren wegen „versuchten Mordes“ angezeigt. Aber all das wird derzeit nicht mehr auf der Titelseite veröffentlicht. Und die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ veröffentlichte Gegenpositionen von ver.di zu der Hetze der Hochschulprofessoren auf Seite eins. Dies deutet darauf hin, dass die breite Bewegung des Streiks Wirkung zeigt.

Dies kann sich aber schnell ändern, je länger der Streik dauert. Bisher ist der Eindruck, dass die Stimmung der Bevölkerung sich nicht gegen den Streik wendet. In Flugblättern an die Bevölkerung versucht ver.di um Verständnis zu werben. „Wir bedauern, zu dieser drastischen Maßnahme greifen zu müssen, und bitten Sie um Verständnis. Im öffentlichen Dienst arbeiten die Kolle-

ginnen und Kollegin für die Bürgerinnen und Bürger. Hierauf haben sie bei den Tarifauseinandersetzungen in den letzten Jahren stets Rücksicht genommen. Dadurch haben sie Lohnneinbußen hinnehmen müssen und zahlreiche tarifliche Errungenschaften wieder hergegeben. Nunmehr will der Kommunale Arbeitgeberverband und das Land Niedersachsen, dass die Beschäftigten wieder länger arbeiten. Die Einführung der 40-Stunden-Woche löst aber nicht das Problem der knappen öffentlichen Kassen, sondern erhöht durch Personalabbau nur die Arbeitslosigkeit.“

Am 20.2. findet ein Spitzengespräch zwischen ver.di und den öffentlichen Arbeitgebern statt. Festzustellen ist, dass die beteiligten Länder und auch die Kommunen unter sich nicht mehr an „einem Strick ziehen“. In einem Interview am 19.2. äußerte sich der Innenminister von Schleswig-Holstein Stegner, als Verhandlungsführer der kommunalen Arbeitgeber dahingehend, dass beide Seiten Kompromisse eingehen müssen.

Die Streiks haben entscheidend dazu beigetragen, dass über Kompromisse gesprochen wird. Es ist nicht zu erwarten, dass bei dem ersten Gespräch Ergebnisse erzielt werden. Je nach Tendenz der Gespräche sind weitere Streiks zu erwarten.

In Hannover streiken am 20.2., dem Verhandlungstag, die Müllabfuhr, Schulhausmeister, städtische Kitas, Jugendzentren, kommunale Krankenhäuser und verschiedene kommunale Behörden. Bei den Bussen und Bahnen wird mittags eine Stunde ein Sympathiestreik durchgeführt. Und vor dem Finanzministerium ist eine Großkundgebung geplant, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen. *bbee*



In Osnabrück wurden – wie dies inzwischen auch aus anderen Städten bekannt wurde – Ein-Euro-Jobber als Streikbrecher eingesetzt; sie mussten Müllwagen fahren. Die Polizei machte den rechtswidrig eingesetzten Ein-Euro-Jobbern den Weg zur Abfallsammelstelle frei, indem sie gegen ver.di-Streikposten vorging, die das Werkstor mit Müllwagen blockierten. Gegen einen Streikposten erstatteten die Beamten Anzeige wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, dem Osnabrücker ver.di-Bezirksgeschäftsführer Jürgen Humer drohte die Polizei mit „Schulhaft“. Den als Streikbrechern missbrauchten Ein-Euro-Jobbern drohten Vorgesetzte an, sie „beim Arbeitsamt zu melden, wenn nicht ordentlich gearbeitet wird“. Viele Ein-Euro-Jobber haben ver.di zufolge geäußert, sie würden lieber mitstreiken, wenn „etwas Vernünftiges dabei für sie rauskäme“. Die örtliche Streikleitung bewertet den Einsatz beim Mülltransport als unverantwortlich; unerfahrene Arbeitskräfte müssen bei der Schüttung des Mülls in die Sammelstellen auch per Hand zufassen, dabei könnten sie sich lebensgefährliche Verletzungen zufügen.

Ver.di hat bei Kolleginnen und Kollegen genauer nachgefragt, was sie bewegt am Streik teilzunehmen.

40 Stunden sind nur der Anfang

Michael Scharf (48) spricht von Frust unter den Beschäftigten beim Abfallwirtschaftsbetrieb „aha“ in Hannover. Er ist verheiratet, hat eine Tochter. Mit 1.865 € brutto hat er die höchste Gehaltsstufe bereits erreicht. M. Scharf fährt Müll- und Streufahrzeuge, weist Neulinge ein und erledigt auch Reparaturarbeiten. „Mädchen für alles“, so bezeichnet er sich. Über eine Verlängerung von 18 Minuten am Tag regt er sich nicht sonderlich auf. Er und seine Kollegen sind sicher, dass die Arbeitgeber nicht bei 40 Stunden Halt machen werden. „Sicherlich kommt dann auch bald die 42-Stunden-Woche“. Die Liste der Einschnitte, die die Belegschaft des Abfallbetriebs hinnehmen muss, wird immer länger: „Gestrichene freie Tage, Lohnverzicht, Einschnitte bei Sozialleistungen, Personalabbau“ zählt er auf.

Weniger Geld für Teilzeitkräfte

Angela Gerl ist Teilzeit-Erzieherin in der Kita Neue Straße in Hannover. Für sie würde die geplante Verlängerung der Arbeitszeit keineswegs eine tägliche Mehrarbeit von 18 Minuten bedeuten, sondern eine Lohnkürzung von 50 bis 60 Euro im Monat. Teilzeitkräfte müssten nicht länger arbeiten, sondern bekämen einen Teil ihres Gehaltes gekürzt. Angela Gerl ist allein erziehend und hat zwei Kinder. „Bei einem Gehalt von 1.350 Euro netto kann ich mir keinerlei Lohnneinbußen leisten.“

Schlicht ein Lohnkürzungsprogramm

Christiane Schulz ist Krankenschwester im Uniklinikum Göttingen. Personalabbau, immer mehr Teilzeitarbeit und befristete Verträge bedeuten eine stetige Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Für das Pflegepersonal, das ohnehin schon großen körperlichen und emotionalen Belastungen ausgesetzt ist, wird der Druck immer größer. Raum für Austausch und Reflektion gibt es nicht. „Unter diesen Bedingungen ist es kaum möglich, den eigenen moralischen Ansprüchen im Hinblick auf die Pflege der Patienten und Patientinnen gerecht zu werden“, sagt sie. Die Arbeitszeitverlängerung ist für sie schlicht ein Lohnkürzungsprogramm: Etwa 1.000 Beschäftigten wurden Teilzeitverträge ... aufdiktieren. Es gibt jetzt Kolleginnen, die auf der Basis der 40-Std.-Woche 38,5 Stunden „Teilzeit“ arbeiten und somit weniger Geld verdienen.

Nach den Wahlen – vor den Wahlen

Am 14. Februar berichtete die New York Times von einem von Israel und den USA erwogenen Plan, eine von Hamas gestellte Regierung wirtschaftlich zu strangulieren und damit in die Knie zu zwingen. Der Zeitung zufolge solle damit der Zusammenbruch der Regierung und in Folge dessen die Auflösung des Parlaments und Neuwahlen erreicht werden.

Inzwischen hat der palästinensische Präsident Abbas Hamas, die 74 von 132 Parlamentssitzen errungen hat, mit der Regierungsbildung beauftragt. Prompt stellte Israel die Zahlung von Steuern und Zöllen ein. Es handelt sich um monatlich 50 Mio. \$, die die Besatzungsmacht für die palästinensischen Autonomiegebiete erhebt und die weiterzuleiten sie vertraglich verpflichtet ist. Die US-Regierung forderte die Autonomiebehörde ebenso prompt zur Rückzahlung von bisher ungenutzten Hilfsgeldern in Höhe von 42 Mio. Euro auf, damit diese nicht einer Hamas-Regierung zu gute kämen.

Die EU hat sich zu einem solchen Schritt bisher nicht verstanden, will aber weitere Zahlungen vom Kurs der neuen Regierung abhängig machen. Sie zahlte im vergangenen Jahr knapp 500 Mio. Euro, 280 Mio. aus dem EU-Haushalt, der Rest kam von den einzelnen Mitgliedstaaten. Von den 280 Mio. flossen rund 210 Mio. in spezielle Projekte wie Krankenhäuser und Schulen oder die Versorgung des Gaza-Streifens mit Strom und Wasser nach dem israelischen Abzug. 70 Mio. sollte die palästinensische Regierung als Budgethilfe erhalten. Dieses Geld jedoch wurde an die Weltbank überwiesen, die die 70 Mio. „treuhänderisch“ verwaltet. Die hat die Auszahlung nach Korruptionsvorwürfen Ende 2005 gestoppt und 35 Mio. Euro eingefroren.

Schon durch die bisherigen Sanktionen droht dem Haushalt der Autonomiebehörde der Zusammenbruch. Wenn die Einnahmen aus Steuern und Zöllen ausbleiben, können die rund 135.000 Angestellten im Verwaltungsapparat nicht mehr bezahlt werden. Noch ärger wird die Lage, sollten die USA die für 2006 vorgesehenen 244 Mio. \$ Zuschüsse streichen oder kürzen.

Hinzu kommen weitere israelische Strafmaßnahmen, die den Druck im Kessel, als den man die palästinensischen Autonomiegebiete sehen kann, weiter erhöhen. So hat Israel im Hafen Ashdod für palästinensische Firmen bestimmte Waren in Millionenhöhe beschlagnahmt. Reisen vom Gazastreifen ins Westjordanland werden generell untersagt, auch für bisher „privilegier-

te“ Palästinenser, einschließlich der Abgeordneten. Die erste Parlamentssitzung fand deshalb per Videoübertragung statt. Der Gaza-Übergang Sufa wurde vollständig geschlossen, der Übergang Erez nur noch für „humanitäre Fälle“ geöffnet; über den Übergang Karni dürfen nur noch Grundnahrungsmittel und Hilfsgüter aus Israel in den Gazastreifen gelangen, nicht aber mehr palästinensische Produkte, vor allem Gemüse, auf die israelischen Märkte. Im Westjordanland wurde die Bewegungsfreiheit weiter eingeschränkt. Per Militärbefehl sind nur noch bestimmt, ganz wenige Kontrollpunkte nach Israel für Palästinenser geöffnet. Wie die israelische Journalistin Amira Hass berichtet (Ha'aretz 13.2.), hat Israel schon Ende 2005 den Jordangraben vom Rest der Westbank abgeschnitten. Etwa 2 Millionen Palästinensern wird verboten, ein Gebiet zu betreten, das etwa ein Drittel der Westbank, den Jordangraben, das Gebiet um das Tote Meer und die östlichen Hänge der Judäischen Berge umfasst. Das Verbot trifft auch Tausende Bauern aus den nördlichen Westbanks, deren Land im Jordantal liegt.

Umfragen zufolge befürworten mehr als 40% der Israelis politische Verhandlungen mit einer von Hamas geführten Regierung. Was wäre auch die Alternative, wenn nicht eine immer neue Spire von Gewalt und Gegengewalt? Ähnlich wie auf israelischer Seite Schritte zur Beendigung des israelisch-palästinensischen Bürgerkrieg nur dann Erfolg versprechen, wenn die politische Rechte sie (mit)verantwortet, wäre auf palästinensischer Seite ein Frieden, der nicht von Hamas mitgetragen wird, nicht stabil.

Bisher weigert sich Hamas, das Existenzrecht Israels anzuerkennen. Trotzdem ist Bewegung zu verzeichnen. Immerhin seit über einem Jahr hat Hamas keine Selbstmordanschläge mehr in Israel verübt. Der neue Parlamentspräsident Dueik erklärte die Bereitschaft, die palästinensische Unabhängigkeitserklärung, d.h. die Zwei-Staaten-Lösung und damit, wenngleich nur indirekt, auch Israel. Außerdem, so Dueik, wolle man einen „fünfzehnjährigen Waffenstillstand vorschlagen, der zur Suche nach einer Lösung des Konflikts genutzt werden kann“.

Anders die Signale, die vom demonstrativen Besuch von Hamas-Chef Ma-schaal bei der iranischen Regierung ausgehen. Die maßgebliche Finanzierung der zukünftigen Regierung durch den Iran, die mit Sicherheit nicht bedingungslos erfolgen würde, dürfte dazu beitragen, den Konflikt erneut blutig zuzuspitzen.

Am 28. März sind die Wahlen in Israel. Erst danach wird sich wirklich zeigen, welchen Kurs gegenüber Palästina Israel zukünftig einschlägt.

Der „europäische“ Gefangene Öcalan – 7 Jahre Imrali, 7 Jahre staatliche Willkür

Um den Zustand einer Gesellschaft zu beurteilen, so sagt man, reiche es, hinter die Gefängnismauern zu blicken. Die Türkei scheint hierfür ein Paradebeispiel zu sein.

Insbesondere am Fall Öcalan wird ersichtlich, wie schlecht es in der Türkei um Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bestellt ist. Ähnlich dem amerikanischen Gefangenlager Guantanamo auf Kuba ist die türkische Gefängnisinsel Imrali ein rechtsfreier Raum. Dort wird der Kurdenführer seit seiner völkerrechtswidrigen Verschleppung in die Türkei am 15. Februar 1999 unter menschenunwürdigen Isolationshaftbedingungen gefangen gehalten.

Diese werden seit geraumer Zeit sogar verschärft. Aufgrund missliebiger Äußerungen im Gespräch mit seinen Rechtsanwälten werden neuerdings dem Kurdenführer sämtliche Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten vorenthalten. Ohnehin waren diese bisher äußerst beschränkt. Mandantengespräche werden meist willkürlich verhindert. Die Rechtsanwälte von Abdullah Öcalan haben kaum Möglichkeiten, dagegen rechtlich vorzugehen oder zu intervenieren, wie kürzlich im Fall eines aufkommenden Gerüchts über einen angeblichen Herzinfarkt des Kurdenführers, da sich keine staatliche Behörde für zuständig erklärt. Schlimmer noch, sie werden sogar kriminalisiert. Viele von ihnen müssen mit hohen Haftstrafen rechnen. Weiterhin wird Abdullah Öcalan eine adäquate ärztliche Versorgung verweigert. Aufgrund der schweren Haftbedingungen hat sich indessen sein Gesundheitszustand weiter verschlechtert. Die auf Imrali herrschenden Haftbedingungen werden von MenschenrechtlerInnen auch als Folter bezeichnet.

Imrali ist jedoch nicht nur ein rechtsfreier Raum, sondern gleichzeitig ein Synonym für den Umgang der Türkei mit der kurdischen Frage oder mit anderen gesellschaftlichen Konflikten. Weiterhin gilt Ankara staatliche Repression als geeignetes Mittel, um oppositionellen Bewegungen Herr zu werden. Dies wird durch die immer noch katastrophale Menschenrechtslage bestätigt. Mit dem EU-Beitrittsprozess der Türkei ist jedoch die kurdische Frage im gewissen Sinne zu einer europäischen Frage geworden. Das „türkische Guantanamo“ wird so zu einem „europäischen Guantano“. Doch Europa schaut weg.

Gesellschaftliche Konflikte lassen sich hingegen nur politisch lösen, wobei

Politik nur auf der Basis von Realitäten gestaltet werden kann. Dies gilt für alle Konfliktfelder, so auch für den türkisch-kurdischen Konflikt. Voraussetzung hierfür ist jedoch der gemeinsame Wille zur Lösung. Dieser scheint zurzeit in der Türkei und der europäischen Staatengemeinschaft nur begrenzt vorhanden zu sein.

Für viele europäische Politiker steht es außer Frage, dass den Kurden in der Türkei ihre sprachlichen, kulturellen und politischen Rechte zugestanden werden müssen. Demnach soll dies im Rahmen des türkischen Angleichungsprozesses an die EU erfolgen. Schritt für Schritt, so meint man, würden so die Grundlagen des Konfliktes aufgehoben, auch ohne das Zutun der Kurden. Die Kurden müssten also nur etwas mehr Geduld haben. Dabei wird jedoch die Komplexität des Konfliktes verkannt, der sich mittlerweile wieder verschärft und bewaffnet ausgetragen wird. Erst Recht ist es ein Irrglauben, einen Konflikt ohne die Beteiligung einer maßgeblichen Konfliktpartei lösen zu können, wie dies mit der Isolationspolitik gegenüber der PKK und dem KONGRA-GEL beabsichtigt scheint.

Die PKK, der KONGRA-GEL und der Kurdenführer Öcalan sind jedoch eine Realität. Eine Politik der Lösung wird um die Anerkennung dieser Realität nicht umhinkommen. Das Angebot von Öcalan, die kurdische Frage im Rahmen einer allgemeinen Demokratisierung der Staaten zu lösen, auf dessen Territorien sich traditionelles kurdisches Siedlungsgebiet befindet, erscheint ebenso vielversprechend wie realistisch. Dies lässt sich jedoch nur durch eine Beteiligung der Kurden verwirklichen. Die fiebrhafte Suche der europäischen Politik nach genehmten alternativen kurdischen Führern, was einer der Gründe für die Isolationspolitik gegenüber Öcalan und der PKK ist, endete bisher in einer Sackgasse. Daran scheint sich auch weiter

Repressionswelle in Kurdistan

Die Protestaktionen aus Anlass des Jahrestages der Verschleppung Abdullah Öcalans aus Kenia in die Türkei am 15. Februar 1999 sind von verschärfter Repression gezeichnet. Am blutigsten verliefen die Proteste in den Städten Mako und Poldesit im iranischen Ostkurdistan, wo neun Menschen von Sicherheitskräften getötet wurden. Über zwanzig Demonstranten wurden zum Teil schwer verletzt. Allein in Mako wurden 400 Personen festgenommen, in Yolegegi und Sut weitere 300. Die Spannungen dauern an.

In Mersin-Akdeniz sind von 17 bei Protesten Festgenommenen acht Personen verhaftet worden, darunter zwei Korrespondentinnen der Nachrichtenagentur DIHA. In Adana wur-

den bei einer Kundgebung 223 Personen festgenommen, von denen bisher hundert dem Haftrichter vorgeführt wurden, der gegen 41 Personen Haftbefehl aussprach. In Tatvan wurden bei Protesten 38 Personen festgenommen. Gegen fünf Personen, darunter den örtlichen DTP-Vorsitzenden Sabahattin Özén, wurde Haftbefehl ausgesprochen. In Urfa wurden bei Protesten vier Personen verhaftet, darunter der örtliche DTP-Vorsitzende und ein IHD-Aktivist. In Dersim sind nach Aussagen eines in Adana gefassten PKK-Überläufers bei Razzien acht Personen festgenommen worden, darunter mehrere DTP-Mitglieder. In vielen anderen Städten setzten die Sicherheitskräfte Tränengas gegen die Demonstranten ein.

ANF, DIHA, Gündem, 16.-18.02.2006, ISKU

nichts zu ändern. Ausschlaggebend hierfür ist, dass die Kurden nicht daran denken, von ihren politischen Führern Abstand zu nehmen. Abgesehen von der Vermessenheit eines solchen Anliegens entspricht es nicht gerade einem gesunden Realitätssinn.

Nicht erst seit den schrecklichen Ereignissen des 11. September 2001 ist es eine Binsenweisheit, dass eine Vernachlässigung der vielfältigen Konfliktfelder dieser Erdschmerzhafte Folgen haben kann. Armut, gesellschaftliche Missstände und soziale Benachteiligung waren schon immer Nährboden zahlreicher Konflikte. Ein frühzeitiges Handeln der internationalen politischen Mechanismen, das Streben nach Ausgleich und präventiver Dialog sind unabdingbar, wenn dauerhaft die Perspektive von Stabilität und Sicherheit gewährleistet werden soll.

Die Kurden haben deutlich gemacht, dass sie zu einem solchen Dialog bereit sind. Abdullah Öcalan als ihr herausra-

gender Repräsentant hat in den letzten Jahren gezeigt, dass er eine wichtige Initialfunktion bei der Suche nach einer friedlichen Lösung des türkisch-kurdischen Konfliktes innehat. Mehrere Waffenstillstände seitens der Kurden sprechen für sich. So verstand es Öcalan, einen tief greifenden ideologischen und politischen Wandel in der kurdischen Nationalbewegung herbeizuführen. Damit kam er auch ihrer Radikalisierung zuvor, die sich nach seiner völkerrechtswidrigen Verschleppung am 15. Februar 1999 in die Türkei abzeichnete. Eine Ethnisierung des Konfliktes konnte so abgewendet werden. Die heute breite Unterstützung seines Friedenskurses durch die Kurden scheint ihm Recht zu geben. Seine Vorschläge zu einer friedlichen Lösung im Rahmen einer demokratischen Transformation der Türkei werden derweil, wenn auch nur indirekt, selbst in türkischen Kreisen diskutiert.

Somit ist es nicht abwegig, von einem ausgleichenden Moment seines Wirkens zu sprechen. Genau diese ausgleichende Rolle für den gesellschaftlichen Frieden muss unterstützt werden, anstatt weiterhin auf die Marginalisierung des Kurdenführers zu beharren. So glauben wir, dass die Türkei letztendlich Öcalan braucht. Zu wertvoll ist sein Beitrag zu einer friedlichen Konfliktlösung. Hierfür setzen wir uns ein, hierfür erheben wir unsere Stimme.

Ob in der Türkei oder in Europa: Wandel im Denken tut Not, wenn eine wirkliche Lösung angestrebt werden soll. Der türkisch-kurdische Konflikt kann nur im Dialog gelöst werden. Internationaler Druck auf die Türkei ist notwendig, um ihre starre Haltung in der kurdischen Frage aufzulösen. Die Türkei muss mit den Kurden den Dialog suchen.
*Internationale Initiative
Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan, 14.2.*



Aus Anlass des siebten Jahrestages der Entführung von Abdullah Öcalan (15.2.99) haben am 12.2. Zehntausende Menschen in Europa, der Türkei und Kurdistan demonstriert. Allein in Straßburg versammelten sich rund 50.000 zu einer Demonstration für die Freiheit von Öcalan und Frieden für Kurdistan (Bilder). Im Anschluss an die Demonstration fand ein großes Abschlussfest statt. Parallel demonstrierten rund 650 Kurddinnen und Kurden in Berlin. Kleinere Protestaktionen wie Mahnwachen fanden nach dem 12. Februar in zahlreichen Städten statt, u.a. in Dortmund. Quelle und Bild: Autonome Antifa Lüdenscheid



Nach neun Tagen wurde Mitte Februar vorerst der Streik von mehreren tausend Beschäftigten der University of KwaZulu-Natal (UKZN) in Südafrika ausgesetzt, an dem sich zeitweilig auch die Studierenden beteiligten. Die Studenten wandten sich gegen die Verdopplung der Studiengebühren; sie hatten nach zwei Tagen Streik erfolgt, viele von ihnen unterstützten aber auch danach aktiv den Streik der Beschäftigten. Deren Streik hatte sich an der Frage der Lohnerhöhung entzündet – das Universitätsmanagement bot 4% Lohnerhöhung und damit gerade einen Ausgleich der Inflationsrate, und wurde von allen an der Universität vertretenen Gewerkschaften getragen. Aber darüber hinaus hatte ein zunehmend autoritäres Management für wachsenden Unmut gesorgt. Im Januar hatte die Universität versucht, eine „illegalen Ansiedlung“ auf dem Universitätsgelände, die vor 50 Jahren und damit vor der Gründung der UKZN entstanden war, räumen zu lassen, und war erst durch Gerichtsentscheid gestoppt worden. Dann hatte der Vizekanzler einen Dozenten von der Uni geschmissen und damit dessen Forschungs- und Seminararbeit über Rassismus und Sport in Südafrika unterbunden und die Kündigung auch trotz internationaler Proteste – so solidarisierten sich u.a. Noam Chomsky, Michael Hardt, Antoni Negri, Naomi Klein – nicht zurückgenommen. Außerdem hatte er angekündigt, die Löhne und Gehälter der Beschäftigten 2006 um umgerechnet 9 Mio. US-\$ zu senken. (Quelle und Bild: Indymedia Südafrika)

USA: Hotelgewerkschaft startet Kampagne im Niedriglohnbereich

2000 Gewerkschaftsmitglieder versammelten sich am 16. 2. zu einer Großveranstaltung in San Francisco. Sie leiteten damit offiziell eine Kampagne für die Erhöhung der Löhne und Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Hotelwesen ein. In den Hotels arbeiten überwiegend Migranten, die Löhne zählen zu den niedrigsten, und über die Arbeitsbedingungen berichtete z.B. ein Zimmermädchen, dass sie heute zum gleichen Lohn 17 statt wie früher 10 Zimmer sauber halten muss. Die Kampagne hat einen doppelten Hintergrund: In San Francisco sind 8000 Hotelbeschäftigte seit 2004 ohne Tarifvertrag und gegenwärtig von Aussperrung bedroht. Andererseits hat die Gewerkschaft UNITHERE! 2005 zahlreiche harte Kämpfe geführt und gewonnen, der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist enorm gestiegen und soll nun weiter gesteigert werden. An der Konferenz nahm u.a. auch der Oberbürgermeister von San Francisco teil.

(Quelle: www.labourstart.org)

Internationaler Solidaritätstag für iranische Busfahrer

Gewerkschaften in zahlreichen Ländern der Welt solidarisieren sich mit den

Teheraner Busfahrern und ihrem Kampf für höhere Löhne und das Recht auf freie gewerkschaftliche Organisation. In 18 Hauptstädten fanden am 15.2. Solidaritätsaktionen statt, unterstützt von der Europäischen Transportarbeiterföderation, den Eisenbahnergewerkschaften auf den Philippinen, dem Gewerkschaftsbund in Malaysia, der Gewerkschaft der Metroarbeiter in Washington und dem AFL-CIO, sowie zahlreichen anderen Gewerkschaften. Nach wie vor sind Hunderte Busfahrer aus Teheran inhaftiert (siehe PB 2 und 3/06).

Guantanamo-Lager schließen!

Ein Bericht von UN-Sonderermittlern fordert die sofortige Schließung des US-Lagers in Guantanamo. In dem 54-seitigen Bericht wird die US-Regierung aufgefordert, jegliche Form von „Folter (darunter auch die Zwangernährung von hungerstreikenden Gefangenen – Red.) oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung, religiöser Diskriminierung und Verletzungen des Rechts auf Gesundheit und der Religionsfreiheit“ zu unterlassen. Es handelt sich bei dem Bericht nicht um ein offizielles Dokument im Namen des UN-Generalsekretärs oder der UN-Menschenrechtskommissarin; dessen ungeachtet schloss sich Kofi Annan nun vor Journalisten in New York den For-

derungen des Berichts an. „Privatpersonen können nicht beliebig lange festgehalten werden, ohne dass sie vor ein Gericht gestellt werden. Guantanamo sollte so bald wie möglich geschlossen werden.“ Die US-Regierung wies den Bericht zurück, mit der Behauptung, bei den Gefangenen handele es sich samt und sonders um gefährliche Terroristen. Das wiederum bestritt die US-Sektion von ai, die die Forderung nach Schließung ebenfalls unterstützt. Aber das, so ai, kann nur der Anfang sein. Alle ähnliche Gefängnisse wie auf der Bagram-Airbase in Afghanistan, in Abu Ghoreib und anderswo müssten unverzüglich geschlossen werden. (Quelle: ND, 18.2.)



Am 11. 2. kam der frühere PKK-Europasprecher Kani Yilmaz (Bild) bei einem Bombenanschlag auf sein Fahrzeug in Suleimaniya ums Leben. Vielen wird er noch aus seiner Tätigkeit in Deutschland und Europa sowie von der Auseinandersetzung um seine Auslieferung von Großbritannien nach Deutschland und seinen späteren Prozess in Celle bekannt sein. Er verließ 2004 die PKK und war Gründungsmitglied der Patriotische Demokratische Partei Kurdistans PWD. Die PWD macht in Erklärungen die PKK für den Tod von Yilmaz und für weitere Tötungen von PWD-Mitgliedern verantwortlich. Sie behauptet, sie verfüge über Mitschnitte von Telefongesprächen, die ihre Vorwürfe stützen würden. Die naheliegende Frage, aus welchen Quellen solche Telefonmitschnitte stammen, beantwortet sie dabei nicht. Murat Karayilan, Vorsitzender des Exekutivrates der Koma Komalén Kurdistan (KKK), verwahrte sich gegen diese Vorwürfe und verwies auf interne Auseinandersetzungen innerhalb der PWD. Im Falle des in Diyarbakir ermordeten PWD-Türkeikoordinators Hikmet Fidan, der auch der PKK angelastet wurde, stehen jetzt laut Angaben der kurdischen Nachrichtenagentur ANF vom 14.2.06 mehrere PWD-Mitglieder als Tatverdächtige in Diyarbakir vor Gericht. (Auszug aus einem Artikel zum Tode von Kani Yilmaz, Kurdistan Rundbrief 1/06)

Zusammenstellung: scc

DRESDEN/MÜNSTER. Etwa 1.000 linke Gegendemonstranten verhinderten am Nachmittag des 11.2.2006 mit einer Blockade der historischen Augustusbrücke (*Bild*), dass sich ein Zug von 4.200 Rechtsextremisten durch die Dresdner Innenstadt bewegen konnte. Mit der „Meile der Demokratie“ protestierten Vereine, Parteien und Gewerkschaften gegen den Aufmarsch. Die Veranstalter der Meile mit Info-Ständen und Kulturaktionen, an der sich 21 Organisationen beteiligten, sprachen von etwa 5.000 Besuchern. Am Abend leuchtete ein aus Kerzen gebildeter Schriftzug „Diese Stadt hat Nazis satt“ vor der Frauenkirche. Zu einer Demonstration linker Gruppen hatten sich laut Polizei am Vormittag 500 Menschen eingefunden. Anlass war der 61. Jahrestag der Zerstörung Dresdens zu Ende des Zweiten Weltkrieges. Die rechts-extreme Junge Landsmannschaft Ostpreußen hatte unterstützt von der NPD zu einem „Trauermarsch“ für die Opfer der Luftangriffe am 13. und 14. Februar 1945 aufgerufen. Auch in Münster gelang es am 18.2.2006 mit Kundgebungen von rund 2.000 Menschen und Blockadeaktionen, den Nazis einen Strich durch die Rechnung zu machen.

<http://de.indymedia.org> und www.nd-online.de



20 Jahre nach Tschernobyl – Atomkraft endlich beenden!

BERLIN. Ein breites Netzwerk aus den großen Umweltverbänden, Anti-AKW-Bürgerinitiativen, Friedens- und Dritte-Weltgruppen hat sich in Vorbereitung des 20. Jahrestages des bisher folgenschwersten Unfalls in der Geschichte der Atomenergienutzung zusammengefunden, um auf vielfältigen Veranstaltungen, Kongressen, öffentlichen Aktionen, Demonstrationen, Konzerten und Ausstellungen überall in Deutschland deutlich zu sagen: Die Atomkraftnutzung ist ein unkontrollierbares Sicherheitsrisiko, zu teuer, friedensgefährdend und völlig ungeeignet zur Lösung des Klimaproblems. „Es gibt Alternativen und diese beweisen täglich ihre Praxistauglichkeit. Die Erneuerbaren Energien sind die Zukunft“, so Reiner Braun, Leiter des Netzwerks Tschernobyl+20. Auf der Auftaktveranstaltung am 17.2. in Berlin diskutieren Wissenschaftler und Antiatomaktivisten über die Gefahren der Atomenergienutzung und über Strategien für eine Energiewende. Experten aus Deutschland und der Ukraine machen deutlich: Eine sichere und umweltfreundliche Stromversorgung kann nur durch den Ausbau Erneuerbarer Energien, mehr Energieeffizienz und Dezentralität erfolgen.

Vom 7.–9. April 2006 wird in Bonn der Kongress „Zeitbombe Atomenergie – 20 Jahre Tschernobyl“ stattfinden, der von der IPPNW zusammen mit der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit und dem Netzwerk Friedenskooperative organisiert wird.

www.info-tschernobyl06.de
www.tschernobylkongress.de

Zum Schutz des Waldes die Massentierhaltung einschränken!

BERLIN. 71 Prozent aller Waldflächen hierzulande sind erkennbar geschädigt. Dieser negative Spitzenwert steht im Waldschadensbericht 2005, den Peter Paziorek, Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium, jüngst vorstellte. Währenddessen demonstrieren Robin Wood-AktivistInnen am gleichen Ort mit entnaelten Bäumen, Attrappen von Schweinsköpfen und gerupften Hühnern sowie einem Banner mit der Aufschrift „Gülle killt Wald“. 26 Prozent der Stickstoffverbindungen kommen als Stickoxid-Abgase aus den Auspuffen von LKWs und Autos. Noch mehr, nämlich 53 Prozent, stammen aber mittlerweile aus der Landwirtschaft – vor allem aus der Tierproduktion mit ihren hohen Ammoniak-Emissionen. Ammoniak dunstet aus dem Tiermist. Wenn die Bauern die Gülle auf den Acker ausbringen, verweht der Wind die Stickstoffverbindungen, bis sie mit dem nächsten Niederschlag wieder auf den Boden regnen. Robin Wood appelliert daher an Bundesforstminister Horst Seehofer, sich auch in seiner Funktion als Landwirtschafts- und Verbraucherminister für einen Stopp der Massentierhaltung einzusetzen und die ökologische Viehwirtschaft gezielt zu fördern. www.robinwood.de



Am 3. März 2006 bundesweiter Aktionstag gegen die Gentechnik

BERLIN. Am 3. März 2006 findet in Deutschland ein bundesweiter Aktionsstag für die gentechnikfreie Landwirtschaft statt. Initiativen, Kommunen, Aktionsbündnisse, Verbände, VerbraucherInnen, Bäuerinnen und Bauern werden in bunten, vielfältigen Demonstrationen und Aktionen in Städten und auf dem Lande ein deutliches politisches Signal setzen. Eine Woche später wird die am 10./11.3.06 in Bregenz stattfindende „Bodensee-Konferenz der länderübergreifenden Gentechnikfreien Regionen“ in Kooperation mit der Bodensee-Akademie die aktuelle politische Situation der Länder Österreich, Schweiz, Frankreich und Deutschland beleuchten und einen Einblick in die Gentechnikfreie Bewegung geben! www.keine-gentechnik.de

Zurück zur Talgkerze? Strom- und Gaspreise explodieren

KÖLN. Die massiven Proteste der Verbraucher zeigen inzwischen erste Wirkungen. Seit der Bund der Energieverbraucher Musterformulare ins Netz gestellt hat, mit denen man beim Strom- und Gasversorger Vorbehalte gegen angekündigte Erhöhungen anmelden kann, seitdem Klagen bei verschiedenen Gerichten positiv entschieden wurden, sieht sich auch die Politik gefordert. Hessens Wirtschaftsminister lehnte die Preiserhöhungsgenehmigungen der Stromversorger pauschal ab. In NRW wurden von 100 Anträgen 61 gekürzt. Hier liegt die durchschnittliche Erhöhung bei 3,5 Prozent. Alle Anträge und die genehmigten Tariferhöhungen kön-

nen übrigens im Internet unter www.mwme.nrw.de nachgelesen werden. Auch bei Zahlungsverweigerung dürfen übrigens die Unternehmen nicht einfach Strom oder Gas abstellen. Der Kunde hat ein Recht auf einen Angemessenheitsnachweis. (Näheres unter: www.energiepreise.de).

Angesichts der ungebremsten Preistreiberei der Strom- und Gaskonzerne wird zunehmend auch die Forderung nach einer Rekommunalisierung erhoben. Die Stadtwerke Aachen, Soest und Unna haben den Austritt aus dem von den Großkonzernen dominierten „Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft“ beschlossen. Die Stadtwerke Bochum und Dortmund planen mit Gelsenkirchen den Bau eines eigenen, großen Gasspeichers im Münsterland.

Lokalberichte Köln

Ein-Jahres-Fazit: Missbrauch von „Ein-Euro-Jobbern“

BERLIN. Gemeinsam haben Vertreter der Berliner „Kampagne gegen Hartz IV“ und der Hauptpersonalrat (HPR) den Missbrauch von Ein-Euro-Jobs durch öffentliche Einrichtungen kritisiert. Die Hälfte der derzeit 32.000 Ein-Euro-Jobber wird im öffentlichen Dienst eingesetzt, insbesondere in Bezirksverwaltungen und anderen kommunalen Einrichtungen. Nach Einschätzung des HPR sind 99 Prozent davon rechtswidrig, weil sie reguläre Arbeiten verrichten. Sie ersetzen Planstellen etwa in Grünflächenämtern oder Honorarkräfte im Volkshochschulbereich, die vorher aus Kostengründen gestrichen oder nicht mehr besetzt wurden.

Die Betroffenen selbst können nicht prüfen, ob die ihnen zugewiesene Tätigkeit gesetzeskonform ist oder nicht und seien oft auch nicht ausreichend informiert, wie sie sich wehren können, schlussfolgert die „Kampagne gegen Hartz IV“ die gemachten Erfahrungen. Sie schlägt vor, die für Ein-Euro-Jobs vorgesehenen Mittel vollständig für sozialversicherungspflichtige Bruttolöhne zu verwenden. Das würde zwar die finanzielle Lage der Betroffenen nicht entscheidend verbessern, dafür aber die soziale.

har

Handelskammer fordert vom Senat ein innerstädtisches Bettelverbot

HAMBURG. Unterstützt von Innensenator Udo Nagel fordert die Handelskammer vom Senat ein Bettelverbot für die Innenstadt ab März. Scharf kritisieren u.a. das Obdachlosen-Magazin Hinz & Kunzt und die Ev. Kirche die Bettelverbot-Forderung. Dass sich auch die SPD und die GAL empören ist Heuchelei pur. Von 1996 bis zu seiner Abwahl 2001 haben der damalige SPD- bzw. später der SPD/GAL-Senat fast jährlich ein solches Vertreibungs-Konzept vorgelegt.

Zwar war keines dieser Konzepte und auch nicht der anschließende Vertreibungsversuch des CDU/FDP/Schill-Senats politisch durchsetzbar, aber die polizeilichen und sozialpolitischen Repressionen gegen „Problemgruppen“ wurden seit 1996 ständig verschärft.

Welche Erfolgsaussichten der jetzige Handelskammer-Vorstoß hat, ist offen. Rechtlich scheinen die Hürden für ein Bettelverbot nicht hoch zu sein, politisch eventuell schon. In einer Umfrage Anfang Januar lehnten 49 % der Hamburger Bevölkerung ein Bettelverbot ab, 40 % befürworteten es, 11 % wollten sich nicht äußern. Selbst die CDU-Fraktion ist hier gespalten. Bei einer Abstimmung unter den CDU-Bürgerschaftsabgeordneten ebenfalls Anfang Januar sprachen sich von 43 Parlamentariern nur acht uneingeschränkt für ein Bettelverbot aus. Eindeutiger ist das Votum in der für das Verbot zuständigen Bezirksversammlung Mitte. Nicht nur SPD und GAL, auch die CDU lehnt eine Vertreibung von Bettlern aus der Innenstadt unter Hinweis auf die „christlichen Grundsätze beim Umgang mit Bedürftigen“ grundsätzlich ab.

Lokalberichte Hamburg

Tarifverträge für die Kirche – Gleiche Rechte für alle!

BIELEFELD. Mehr als 1.000 Beschäftigte von kirchlichen und sozialen Einrichtungen haben am 10.2.2006 in Bielefeld gegen Lohnsenkungen und längere Ar-



beitszeiten protestiert. Sie forderten von den Arbeitgebern, den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst zu übernehmen. Sonst drohten etwa Altenpflegern und Krankenschwestern längere Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich, Streichung von Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie die Kürzung des Urlaubs, sagte ver.di-Sekretär Horst Franke. Gleichzeitig fanden an diesem Tag Aktionen in 18 Orten statt. Mit 650 TeilnehmerInnen erlebte die Kirchenverwaltung der evang. Kirche in Hessen u. Nassau in Darmstadt die bisher größte Demonstration ihrer Beschäftigten. Eine Woche später bildeten am 17.2. in Stuttgart rund 400 eine Menschenkette um das Gebäude des Oberkirchenrates der evangelischen Landeskirche. Den Arbeitgebern, die gemeinsam mit den

Mitarbeitervertretern getagt hatten, waren 18.000 Unterschriften übergeben worden. Damit fordert mehr als jeder zweite der 35.000 Beschäftigten der Diakonie Württemberg den Erhalt der 38,5-Stunden-Woche sowie eine Übernahme des Tarifvertrages Öffentlicher Dienst (TVÖD). www.ag-mav.de

Protest gegen Mieterhöhungen

HAMBURG. Der Einwohnerverein St. Georg und „Mieter helfen MieterInnen“ rufen die Mieterinnen und Mieter im Hamburger Stadtteil St. Georg zu einer Protestversammlung am 1. März auf. Grund sind die fatalen Veränderungen im Stadtteil infolge des Trends zum „Innenstadtwohnen“. Entkernung und Aufstockung von Häusern, in denen dann „exklusive Eigentumswohnungen“ entstehen, führen nämlich nicht nur zur Vertreibung bisheriger Mieter, sondern zu allgemeinen Mietenerhöhungen. Dem alle zwei Jahre überarbeiteten Mietenspiegel hängt auch ein so genannter „Wohnlagenverzeichnis“ an, das die Einteilung der Straßen in „normale“ oder „gute Wohnlage“ vornimmt. Im letzten Mietenspiegel vom Herbst 2005 wurden gerade im bahnhofsnahen St. Georg, das bis dahin flächendeckend als „normale“ oder sogar „einfache Wohnlage“ qualifiziert war, etliche Straßen zur „guten Wohnlage“ erklärt. Einwohnerverein und Mieterinitiative fordern die Offenlegung der Eingruppierungskriterien, die Rücknahme der Neueingruppierung, eine soziale Erhaltenssatzung für ganz St. Georg und die Verhinderung aller Abrisspläne im Stadtteil.

Lokalberichte Hamburg

Am 18. März 2006: Aktionstag zum 3. Jahrestag des Irakkrieges

BERLIN. Am 20. März 2003 begann trotz weltweiter Proteste der US-geführte Überfall auf den Irak. Auf einem bundesweiten Treffen am 28. Januar 2006 in Berlin verständigten sich verschiedene Gruppen und Organisationen der Friedens- und Solidaritätsbewegungen darauf, zu regionalen Aktionen am dritten Jahrestag dieses Angriffs aufzurufen. Die Forderungen lauten: Sofortige Einstellung der US-Angriffe auf irakische Städte. Rascher und bedingungsloser Abzug der Besatzungsmächte aus dem Irak. Wiedergutmachung der angerichteten Schäden. Einstellung jeglicher Unterstützung der Besatzung durch die deutsche und die europäischen Regierungen. Schließung der US-amerikanischen Militärstützpunkte in Deutschland. Ende der Bedrohung Syriens und Irans, keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der arabischen und islamischen Staaten.

www.irakkoordination.de
Zusammenstellung: baf

Gegen Diskriminierung von MigrantInnen aus islamischen Kulturkreisen

In den letzten Wochen wurde die Diskriminierung von MigrantInnen aus islamischen Kulturkreisen erheblich verschärft. Dies findet ihren Ausdruck vor allem

1. in dem vom Baden-Württembergischen Innenministerium entwickelten „Gesprächsleitfaden“, einem Fragenkatalog zur Befragung von Muslimen im Einbürgerungsverfahren
2. in der Diskussion um ein Verbot, wie an Berliner Schulen beschlossen, auf den Schulhöfen und auf Klassenreisen die eigene (nichtdeutsche) Muttersprache zu sprechen
3. in der Unsicherheit des Aufenthaltsstatus für Menschen, die seit dem Wegfall der Doppelstaatlichkeit die deutsche Staatsangehörigkeit verloren haben.

Zu 1. Muslime, die sich einbürgern möchten, müssen sich in Baden-Württemberg seit Jahresbeginn einem Gesinnungstest unterziehen. Der vom

Stuttgarter Innenministerium entwickelte „Gesprächsleitfaden“ ist speziell für die 57 Staaten konzipiert, die der Islamischen Konferenz angehören. Andere Einbürgerungswillige werden nur überprüft, wenn sie islamischen Glaubens sind oder ihr ernsthaftes Bekennen zum Grundgesetz bezweifelt wird.

Dieser Fragenkatalog und sein Abzählen allein auf Einbürgerungswillige mit muslimischem Glauben ist menschenunwürdig. Er verletzt das Grundrecht, nach dem niemand wegen seines Glaubens benachteiligt oder diskriminiert werden darf. Art. 3 GG gebietet eine Gleichbehandlung. Der größte Teil der eingewanderten Menschen, die sich im fünften Jahrzehnt hier befinden, stammen aus der Türkei, folglich einem muslimischen Land. Damit sind neben allen anderen Muslimen alle einbürgerungswilligen Menschen aus der Türkei und damit ein großer Teil der Bürger mit Migrationshintergrund von diesem Gesinnungstest betroffen. Es sollen durch diesen Gesinnungstest neue Staatsbürger ausgesiebt werden, die dem muslimi-

schen Glauben verbunden sind und als muslimische Deutsche in Deutschland leben wollen. Bereits im alten Ausländergesetz, sowie auch dem alten Staatsangehörigkeitsgesetz, war als Voraussetzung zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit festgeschrieben, dass sich die Person zur freiheitlichen und demokratischen Grundordnung sowie dem Gewaltmonopol des Staates bekennt. Dies ist im neuen Staatsangehörigkeitsgesetz ebenfalls ausdrücklich als Erteilungsvoraussetzung festgeschrieben. Entsprechend wurde und wird in allen Bundesländern diese Voraussetzung geprüft, eine Stellungnahme des Verfassungsschutzes eingeholt und entsprechend über den Antrag entschieden. Aufgrund dieser Prüfung ist häufig insbesondere türkischen Staatsangehörigen mit kurdischer Abstammung die Einbürgerung verweigert worden, denen die Teilnahme an politischen Veranstaltungen kurdischer Organisationen nachgewiesen wurde. Dieses Vorgehen ist bereits sehr bedenklich und wird von uns abgelehnt. Die neue

Mecklenburg-Vorpommern

Teilerfolg im Kampf gegen Abschiebungen erzielt – Abschiebestopp durchgesetzt

Das Innenministerium in Mecklenburg-Vorpommern erließ am 7. Februar 2006 einen vorläufigen Abschiebestopp nach Togo, als bisher einziges Bundesland. Das ist ein großer Erfolg der antirassistischen Bewegung – aber noch lange kein Sieg. Jetzt gilt es, die grundsätzliche Anerkennung togolesischer Flüchtlinge als asylberechtigt durchzusetzen.

Mehr als 300 togolesische Flüchtlinge allein aus Mecklenburg-Vorpommern sollten in den kommenden Wochen abgeschoben werden. Dagegen regte sich Widerstand bis in die Regierung Mecklenburg-Vorpommerns: Neben der Kampagne gegen die Diktatur in Togo, Flüchtlingsgruppen, antirassistischen Initiativen und der Bundestagsfraktion der Linkspartei forderten auch die mecklenburgische PDS-Fraktion, ihres Zeichens Koalitionspartner der SPD, und alle Mitglieder des Petitionsausschusses des Schweriner Landtags parteiübergreifend den Erlass eines vorläufigen Abschiebestopps. Doch Innenminister Gottfried Timm (SPD) zeigte sich davon unbeeindruckt, noch am 31. Januar ließ er den Oppositionellen Alasane Moussaou in einer Nacht-und-Nebel-Aktion nach Togo ausfliegen.

Am 7. Februar 2006 kursierte das Gerücht, Timm habe Abschiebestopp erlassen. Die Pressestelle des Schweriner Innenministeriums bestätigte diese Meldung gegenüber der Tageszeitung Neues Deutschland (ND). Ein Presse-

sprecher sagte, der Erlass gelte, bis das Auswärtige Amt einen neuen Lagebericht zu Togo veröffentlichen werde. Wie lange das dauert, kann niemand sagen, nicht einmal die Pressestelle des Auswärtigen Amtes in Berlin: Der Bericht sei so geheim, dass nicht einmal das Datum seiner Veröffentlichung bekannt werden dürfe, erläuterte ein Pressesprecher dem ND.

Bereits einen Tag vorher, am 6. 2. 06, wurde überraschend die Abschiebehalt für Adzrakou Komi Anani aufgehoben. Der togolesische Oppositionelle war am 16.1.06 in die Abschiebeabteilung der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bützow verbracht worden und umgehend in den Hungerstreik getreten. Wenige Tage später wurde er gemeinsam mit Mousbaou, der sich dem Protestfasten anschlossen hatte, in die Krankenstation der JVA verlegt. Von dort aus wurde er nach der Abschiebung Mousbaous in die Warnow-Klinik nach Rostock verlegt, dort total abgeschirmt, mit Fußfesseln ans Bett gekettet und strengstens bewacht. Inzwischen ist er ein freier Mann und setzt seinen Widerstand gegen das Regime in Togo und die Kollaboration der Bundesregierung fort.

Dass die Situation in Togo sich nach den Wahlen im April 2005 drastisch verschärft, ist den deutschen Behörden durchaus bekannt. Trotzdem wird in das westafrikanische Land abgeschoben. Die grundsätzliche Entscheidung über

Asylanträge obliegt dem Bundesamt für Flüchtlingsfragen (BAFL) in Nürnberg. Das Bundesamt entscheidet aufgrund der Berichte über die asyl- und abschiebungsrelevante Situation der jeweiligen Länder, die vom Auswärtigen Amt verfasst werden. Diese so genannten Lageberichte werden auch bei Asylverfahren vor Gericht herangezogen. Im Falle von Togo konstatierte das Auswärtige Amt bereits in der Vergangenheit die „faktische Alleinherrschaft“ Gnassingbé Eyademas, eine „nicht als unabhängig“ zu bezeichnende Justiz, massive Menschenrechtsverletzungen, mangelnde Pressefreiheit, Repressionen vor allem gegen regimekritische Medien sowie Journalisten und Verleger, „überaus harte Haftbedingungen“, „das wiederholte Eingreifen der Sicherheitskräfte in die innenpolitische Auseinandersetzung“, eine „große Diskrepanz zwischen Verfassung sowie geltenden Rechtsnormen einerseits und ihrer tatsächlichen Beachtung und Umsetzung andererseits“, kurzum, „ein Klima subtler politischer Einschüchterung“ in dem durchaus handfeste Methoden wie extralegale Hinrichtungen angewandt werden (Lagebericht vom 7. Juni 2004). Doch in all dem sieht das BAFL keinen Grund, politische Verfolgung anzuerkennen und Asyl zu gewähren – anders als die Behörden in der Schweiz, dort werden 70% aller Flüchtlinge aus Togo anerkannt.

Birgit Gärtner

Qualität jetzt ist der Gesinnungstest gegenüber einer religiösen Minderheit. Zu Recht hat der Europaparlamentarier Cohn-Bendit in einer WDR-Sendung den Innenminister Hessens herausfordernd gefragt, ob sie denn auch Juden, die eingebürgert werden wollen, diesem Test aussetzen und die Einbürgerung verweigern würden, wenn diese aufgrund ihrer religiösen Wertvorstellungen etwa zur Homosexualität die unerwünschte Antwort geben. Fraglich ist ferner, ob Katholiken auf viele Fragen anders antworten würden als Muslime und der gegenwärtige Papst auf der Grundlage dieses Fragenkatalogs die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten würde. Die Maßnahme erinnert an rassistische Diskriminierung und die Ausgrenzung zur Säuberung bzw. Sauberhaltung des christlichen Abendlandes, dessen extremste Variante die Vernichtung der europäischen Juden war.

Das baden-württembergische Innenministerium stellt alle Muslime mit dieser Praxis unter Generalverdacht, macht damit alle Integrationsbemühungen zunicht und erschwert die Einbürgerung, die Grundlage gesetzlicher Gleichstellung und damit Grundlage der Integration ist.

Wir fordern vom Senat der Freien und Hansestadt eine öffentliche Distanzierung von solchen Maßnahmen. Innensenator Nagel hat erklärt, dass in Hamburg bereits seit langem eine Überprüfung der Einbürgerungswilligen stattfände und der Fragenkatalog Baden-Württembergs nach ihrer Eignung auch für Hamburg geprüft werde.

Zu 2. Aufgrund eines Beschlusses an einer Schule in Berlin-Kreuzberg, auf freiwilliger Basis in Pausen keine Muttersprache, sondern nur Deutsch zu sprechen, ist eine Diskussion darüber entbrannt, ob Deutschpflicht nicht mit einer Sanktionsmöglichkeit an allen Schulen mit Schülern aus Migrantfamilien eingeführt werden sollte. Es wird argumentiert, dass dies zur Verbesserung der Deutschkenntnisse und damit zur Integration erforderlich sei. Berlins Bildungsseminar Klaus Böger (SPD) hat die Initiative der Schule aufgegriffen und sie allen Berliner Schulen empfohlen. Als dann noch Bundestags-Vizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) forderte, diese Maßnahme über die Grenzen Berlins hinaus umzusetzen, begann prompt eine Grundsatzdebatte.

Selbstverständlich sind gute Deutschkenntnisse an einer Schule, deren Schüler zu 90 Prozent aus Zuwandererfamilien stammen, eine besondere Aufgabe. Wenn es aber darum geht, die deutsche Sprachkompetenz von Kindern mit Migrationshintergrund zu verbessern, ist nach allen wissenschaftlichen Untersuchungen die Förderung der Muttersprache eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Erlernen jeder

weiteren Sprache. Je differenzierter Kinder ihre eigene Sprache sprechen, desto besser lernen sie Deutsch. Es kann nicht die Rede von „Bemühen um Integration“ sein, wenn Zuwandererkindern verbieten wird, in der Freizeit ihre Sprache zu sprechen. Für die Integration ist es wichtig, die Muttersprache und damit die Identität wertzuschätzen.

Während die meisten deutschen Eltern längst erkannt haben, wie wichtig es ist, mehrere Sprachen zu beherrschen, ist es geradezu grotesk, die Muttersprache von Schülern mit Migrationshintergrund zu unterdrücken. Eine Umfrage des Allensbach-Instituts ergab: 58 Prozent aller Deutschen wollen, dass ihre Kinder schon ab dem ersten Schuljahr eine Fremdsprache lernen.

An Hamburger Schulen sollte deshalb der muttersprachliche Unterricht noch stärker gefördert werden. Besonders wichtig ist die Vermittlung von Sprachkenntnissen in der Vorschulphase. Hier muss der Senat mehr kostenlose Kita-Plätze und Vorschulklassen mit kleinen Gruppen einrichten. Dadurch werden gerade Migrantenfamilien ihre Kinder früher in Kindertagesstätten und Vorschulen einschreiben. Soziale Kürzungen sind der Grund, weshalb dies nicht geschieht. Dies ist das Konzept neoliberaler Politik, dem auch das Konzept des CDU-Senats in Hamburg vom Leitbild der „Wachsenden Stadt“ folgt. Es ist daher eine Heuchelei, wenn von mangelnder Integration geredet und die Verantwortung für den Spracherwerb den Migranten auferlegt wird. Schnell scheinen die Pariser Unruhen vom November 2005 vergessen zu sein. Wir fordern die Freie und Hansestadt Hamburg auf, die Sprachförderung im Vorschulbereich durch Erhöhung und Verkleinerung der Gruppen gerade in Stadtteilen mit hohem Migrantenanteil umzusetzen. Mit der Schließung von Kita-Plätzen hat der CDU-Senat bisher das Gegenteil getan. In den Schulen ist der muttersprachlichen Unterricht besonders zu fördern.

Zu 3. Die rot-grüne Regierung hat mitzuverantworten, dass die Doppelstaatlichkeit durch eine Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes aufgehoben wurde. Die Zahl derjenigen, die durch dieses Gesetz erneut die deutsche Staatsbürgerschaft verloren haben, wird auf 50.000 geschätzt. Viele sind Menschen aus der Türkei, die unwissentlich davon ausgingen, sie müssten bei den türkischen Konsulaten eine sog. „Rosakarte“ beantragen, die ihnen Eigentumsrechte in der Türkei sichern sollte, haben sich nach Mitteilung der erneuten Einbürgerung in die türkische Staatsangehörigkeit wieder ausbürgern lassen. Das durch die rot-grüne Politik geschaffene Absurdum hat diese Menschen zu Staatenlosen werden lassen. Die Folge ist, dass junge türkische Männer

in der Bundeswehr gedient haben, ohne die deutsche Staatsangehörigkeit besessen zu haben, Zehntausende Menschen sich an Wahlen beteiligt haben und auch in Zukunft beteiligen werden, ohne das Wahlrecht zu besitzen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, diese Unsicherheit zu beseitigen und diese Menschen durch ein Amnestiegesetz wieder zu deutschen Staatsbürgern zu erklären, um diesen absurd und unerträglichen Zustand zu beenden. Wir fordern die Fraktion der Linkspartei im Bundestag auch hier auf, initiativ zu werden.

Wir sehen die Thematisierung der MigrantInnen und insbesondere der Muslime als Versuche an, welche von der sozialen Degradierung und der sozialen Schieflage in diesem Land sowie der steigenden Arbeitslosigkeit, die die neoliberale Politik dieses Landes hervorruft, ablenken soll. Solche Maßnahmen stellen die Verletzung der Persönlichkeitsrechte dar und sind staatlich betriebene Diskriminierungen. Deutschland hat die Antidiskriminierungsrichtlinie der Europäischen Union, welche spätestens bis Dezember 2003 (!) in innerstaatliches Recht durch Schaffung eines Antidiskriminierungsgesetzes einzuführen war, bisher immer noch nicht umgesetzt und sieht sich Strafmaßnahmen der EU gegenüber. Sozialdemokratische, christdemokratische und grüne Politik haben letztendlich diesen Mangel zu verantworten. Wir fordern die Fraktion der Linkspartei im Bundestag und die Fraktionen der Linkspartei in Bundesländern, an denen die Linkspartei an der Regierung beteiligt ist auf, über den Bundesrat hier initiativ zu werden. Mit solch einem Gesetz ist die Hoffnung verbunden, nicht nur Rechtsschutzmöglichkeiten Einzelner zu eröffnen, sondern auch die Diskussion um die Überwindung von Diskriminierung als Anliegen einer demokratischen Gesellschaft als Ganzem voranzubringen. Deutschland hinkt anderen europäischen Staaten einer Kultur der Nichtdiskriminierung um Jahre, wenn nicht um Jahrzehnte hinterher.

Wir wollen, dass alle Menschen mit Migrationshintergrund in unserem Land, in unserer Stadt rechtlich, sozial und politisch gleichgestellt und als festes Bestandteil der Gesellschaft mit gleichen Chancen auf allen Ebenen der Gesellschaft leben. Wir fordern eine erleichterte Einbürgerung unter Anerkennung der Doppelstaatlichkeit und eine umfassende Integrationspolitik, die allen die Teilhabe und Chancengleichheit am gesellschaftlichen Leben ermöglicht.

Eine entgegengesetzte Politik widerspricht einem sozial ausgerichteten Leitbild einer wachsenden Stadt, die zudem weltoffen und als Tor zur Welt erscheinen möchte.

7. Februar 2006

Kommunen gegen Antisemitismus: BERLIN. Anlässlich des Gedenktages an die Opfer des Nationalsozialismus, beobachten der Israelische Gemeindeverband und der Deutsche Städte- und Gemeindepark mit Sorge das Erstarken rechtsextremer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Kräfte in Politik und Gesellschaft. Sie fordern alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte insbesondere auch in den Städten und Gemeinden auf, alles in ihren Möglichkeiten Stehende zu tun, um diesen Tendenzen entgegenzuwirken. Der Deutschen Städte- und Gemeindepark verweist auf die vielfältigen Aktivitäten in den Kommunen, die sich in der Datenbank KODEX des DStGB wieder finden und als Beispiel dienen können. In der Datenbank zählt man mehr als 400 Konzepte, Projekte und Aktionen, die auf kommunaler Ebene im Einsatz sind. Ziel der Datenbank ist es, die Arbeit der Kommunen zu stärken und alle diejenigen mit Ideen und Ansprechpartnern zu unterstützen, die aktiv werden wollen. www.dstgb.de

NS-Raubkunst wird wieder erforscht: KÖLN. Mit breiter Zustimmung hat der Rat am 14.2.2006 den Antrag der Fraktion Die Linke. Köln angenommen, ab 2007 eine Stelle zur Erforschung der Herkunft und des Verbleibs der NS-Raubkunst in ihren Museen einzurichten. Damit wird die vor einigen Jahren mit privaten Geldern auf zwei Jahre befristete Forschungsarbeit wieder aufgenommen und nachhaltig durch öffentliche Mittel bezahlt. Während der NS-Herrschaft von 1933 bis 1945 sind der jüdischen Bevölkerung durch willkürliche Entziehung und Enteignung Gemälde, Skulpturen und Kunsthantwerk geraubt worden. Die Museen beteiligten sich an diesen Raubzügen. Vieles davon wurde nach dem Krieg nicht zurückgegeben, vieles blieb bis heute unauffindbar oder ist eindeutig als Raubgut zuzuordnen. www.pds-koeln.de

Einfluss der Polizei auf die Schule: MÜNCHEN. In einem Schreiben an die Münchner Schulen entwarf die Münchner Polizei eine weit überzogene Gefahrenprognose für die Proteste gegen die Sicherheitskonferenz und warnte vor Flugblättern der „linksextremistischen“ SDAJ. Die Grüne Stadtratsfraktion & rosa Liste protestiert dagegen und stellt an die Stadt 9 Fragen. So z.B.: • Wie oft kommt es zu Interventionen der Münchner Polizei bzw. des Innenministeriums bezüglich politischer Versammlungen? • In welchen Fällen hat die Polizei in den letzten Jahren konkret die Schulen aufgefordert, ihre Schüler auf die Gefahrenpotentiale bestimmter politischer Ver-

sammlungen hinzuweisen? In welchen Fällen ist dies erfolgt? • Sieht das Schulreferat hier nicht die Gefahr, dass die Polizei versucht die Schulen zu instrumentalisieren, um SchülerInnen dazu zu bewegen, an unliebsamen Demonstrationen nicht teilzunehmen?

www.gruene-muenchen-stadtrat.de

Landkreistag zu EU-Dienstleistungskompromiss: BERLIN. Die Landkreise begrüßen die Annahme des Kompromisses zu europaweiten Dienstleistungen durch das EU-Parlament, sehen aber weiteren Nachbesserungsbedarf. Der Präsident des Deutschen Landkreistages (DLT), Landrat Hans Jörg Dupré (Südwestpfalz), äußerte sich unmittelbar nach der Plenarsitzung in Straßburg: „Durch den gefundenen Kompromiss wird den Unternehmen der Zugang zum Markt erleichtert, den Behörden eine effektive Überwachung der ausgeübten Tätigkeit gleichwohl nicht erschwert. Die Unterschreitung nationaler Dienstleistungsstandards ist somit nicht zu befürchten. Dabei werden wie ursprünglich vorgesehen für deutsche Mittelständler bürokratische Hürden für die Ausübung ihres Gewerbes im Ausland abgebaut. Diese Zielrichtung haben wir von Anfang an unterstützt.“ Dupré brachte aber an anderer Stelle Kritik an: „Nach wie vor werden bestimmte Leistungen der Daseinsvorsorge vom Anwendungsbereich der Richtlinie erfasst. Gerade über die Erbringung dieser kommunalen Dienste wie etwa den Personennahverkehr, die Abfallentsorgung oder die Wasserversorgung müssen aber die deutschen Kreise, Städte und Gemeinden entscheiden können. Brüssel darf diesen Bereich keineswegs antasten. Europäische Vorschriften dürfen nicht die Qualität des lokalen Dienstleistungsangebotes beeinträchtigen“, so Dupré. www.kreise.de/landkreistag

50% aller deutschen Kommunen schrumpfen bis 2020: GÜTERSLOH. In rund fünfzig Prozent aller deutschen Kommunen mit mehr als 5.000 Einwohnern wird die Bevölkerung bis zum Jahr 2020 zum Teil erheblich schrumpfen. Dies prognostiziert ein Informations- und Frühwarnsystem der Bertelsmann Stiftung für den demographischen Wandel. Die für jedermann zugängliche Datenbank (www.aktion2050.de/wegweiser) zeigt, wie sich das Leben in den Städten und Gemeinden durch rückläufige Geburtenzahlen und den steigenden Anteil älterer Menschen grundlegend verändert wird. So wird das Durchschnittsalter in allen untersuchten Kommunen deutlich ansteigen – in Einzelfällen bis auf über 55 Jahre. Eine Besonderheit des

Wegweisers ist die Einteilung der untersuchten Städte und Gemeinden in 15 unterschiedliche Demographietypen. Für diese Demographietypen bietet der Wegweiser konkrete Handlungskonzepte für die kommunale Praxis an. www.bertelsmann-stiftung.de

Selbstorganisation älterer Menschen: BERLIN. Das Bundesinnenministerium berät mit einem neuen Modellprojekt 12 Kommunen beim Aufbau einer innovativen Altenarbeit. Dem Modellprojekt „Selbstorganisation älterer Menschen“ liegt die Überlegung zu Grunde, dass es sich für Kommunen lohnt, diese neuen Formen des Engagements von älteren Menschen aktiv zu unterstützen. Denn ältere Menschen sind häufig zu freiwilligem Engagement bereit für Leistungen, die die Kommunen nicht länger alleine erbringen können. Dies führt zu einem Wohlfahrtsgewinn für alle Generationen. Das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS-Frankfurt a.M.) sammelt nationale und internationale Beispiele für eine gelungene Überführung von Aufgaben in Selbstorganisation der BürgerInnen. Es wird die Erfahrungen der Kommunen und der Freiwilligen auswerten und Kommunen beim Überleitungsprozess der Bürgerbeteiligung beratend begleiten. Vorrangig geht es um Projekte, bei denen den Erfahrungen und Kenntnissen älterer Menschen eine Schlüsselk Funktion zukommt. <http://iss-fmm.de>

Reformmodell des Sachverständigenrates so nicht akzeptabel: BERLIN. Anlässlich der jüngsten Überlegungen des Sachverständigenrates zu einer Unternehmenssteuerreform hat der Deutsche Städte- und Gemeindepark vor den verheerenden Folgen von weiteren Steuerausfällen in Höhe von 22 Mrd. Euro gewarnt. Das Modell des Sachverständigenrates sieht u. a. vor, die Gewerbesteuer abzuschaffen und durch eine kommunale Zuschlagsteuer zu ersetzen oder eine Anrechnung auf die Körperschafts- und Einkommenssteuer. Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindeparkes, Dr. Gerd Landsberg, erklärt dazu u.a.: „Wir erwarten von jedem Reformmodell eine Stärkung der kommunalen Finanzautonomie und damit die Erhaltung des notwendigen Bandes zwischen Wirtschaft und Kommunen. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten einen sozial gerechten Staat, der auch in der Lage ist, durch öffentliche Investitionen die verfallende Infrastruktur zu verbessern und damit die notwendigen Arbeitsplätze vor Ort zu schaffen.“ www.dstgb.de

Zusammenstellung: baf

Arbeiterbewegung und Globalisierung

Eine der zentralen Fragen für die aktuelle Arbeiterbewegung ist die der Internationalität. Weder für die europäische noch für die weltweite Kommunikation, Kooperation und Koordinierung gibt es in den vorhandenen Strukturen der Gewerkschaften schlüssige Programme oder Konzepte, oft noch nicht einmal die interessierten Fragen danach. Das hier vorgestellte Buch befasst sich ausdrücklich mit den historischen Verlaufsformen der weltweiten Arbeiterbewegung und ihren Perspektiven und entwickelt einen begrifflichen (theoretischen) Rahmen für ein besseres Verständnis.

Zur Erfassung der räumlichen und zeitlichen Muster der weltweiten Arbeiterunruhen wurde eine umfangreiche Datensammlung der World Labor Group genutzt, die aus den Ausgaben der Times (London) und der New York Times (New York) von 1870 bis 1996 gewonnen wurde. Im Anhang des Buches sind die Methoden der Datensammlung beschrieben. Aus dieser werden in dem Buch für verschiedene Sektoren in Tabellen und Abbildungen die Verläufe der Unruhen dargestellt.

Diese Daten werden vor dem Hintergrund der historischen Entwicklungen auf drei Ebenen bewertet. Den Produktzyklen (an den Beispielen Automobil, Textilindustrie, Transportwesen und aktuelle Kernsektoren von Industrie und Dienstleistung), Entwicklungen in der Weltpolitik und den Reaktionsmustern des Kapitals auf Störungen der Kapitalakkumulation. Einem Kapitel mit Begriffsbestimmungen schließt sich die Geschichte der Kapitalmobilität und der Arbeiterunruhen im Automobilsektor an. Es folgt eine ebenfalls historisch angelegte Betrachtung der Produktzyklen für den Textilsektor, das Automobil und den Transportsektor, an deren Ende nach den künftigen Schlüsselsektoren gefragt wird. In einem weiteren Kapitel werden im Schweinsgalopp (130 Jahre auf 40 Seiten) die Einflüsse der Weltpolitik auf die Arbeiterbewegungen diskutiert, bevor am Ende ohne große Gesten mögliche Perspektiven besprochen werden.

Begriffsbildungen

Arbeiterunruhe ist der zentrale Begriff und die vorgenommene Operationalisierung bildet auch die Grundlage für in die World Labor Group Datenbank aufgenommenen Nennungen. Es geht um Kämpfe in der Produktion und auf dem Arbeitsmarkt, um Löhne, Arbeitsbedingungen, gegen Arbeitslosigkeit, erzwungene Proletarisierung u. ä. Kämpfe können sich auf den einzelnen Arbeitgeber oder den Staat beziehen.

Unruhe deckt dabei ein weites Feld von Widerstandsformen ab, die vom Streik über die Sabotage, das Blaumachen, Pfusch oder Verzögerungstaktiken bis hin zum vorgetäuschten Gehorsam reichen.

Arbeitermacht wird in zwei Grundformen unterteilt. Es wird strukturelle und Organisationsmacht unterschieden. Organisationsmacht setzt sich aus den verschiedenen Formen der Macht zusammen, wie sie aus der Bildung kollektiver und anerkannter Arbeiterorganisationen entstehen. Strukturelle Macht, auf die im Buch fokussiert wird, teilt sich in Produktionsmacht, die aus der strategischen Stellung der verschiedenen Arbeitskollektive in den industriellen Schlüsselsektoren entspringt und Marktmacht, wie sie aus einem angespannten Arbeitmarkt (Qualifikation, geringe Arbeitslosigkeit, Alternativen zur Lohnarbeit) resultiert.

Wellen der Arbeiterunruhen werden aufgrund des Zusammenhangs mit den Strategien der Kapitalakkumulation als marxsche (ausgehend von der Annahme, dass dem Fortschritt der Industrie die Ausweitung der Produktionsmacht der Arbeiter folgt und es letztlich zu einer stufenartigen Entwicklung von

**Beverly J. Silver:
Forces of Labor. Arbeiterbewegung und Globalisierung seit 1870.**

**Assoziation A,
Berlin – Hamburg 2005**

Klassenkampf und Fortschritt führt oder polanyische (als pendelartige Bewegung von Verteidigungskämpfen, in denen der Ausweitung der Marktförderlichkeit deren Regulierung und Beschränkung gefordert wird und die auch auf Ausgrenzung anderer Fraktion der Arbeiter ausgerichtet sein können) Wellen differenziert.

Ging Marx von der Gleichförmigkeit und damit Interessenidentität der Lohnarbeit im Allgemeinen aus, fokussiert Polanyi auf Grenzziehungen innerhalb der Lohnarbeit, aufgrund von Nationalität, Geschlecht oder Ethnie.

Ein weiterer zentraler Begriff ist der fix bzw. die fixes. Der aus dem Englischen stammende und im Buch nicht übersetzte mehrdeutige Begriff wird hier als: (einen Schaden) beheben, richten, provisorisch reparieren, also im Sinne einer schnellen notdürftigen Reparatur verwendet.

– Räumliche fixes sind die Versuche, die Schwierigkeiten in der Kapitalakkumulation durch Verlagerungen in Niedriglohngebiete innerhalb der Metropolen oder in Schwellenländer und Länder der Dritten Welt zu beheben.

– Technologische fixes sind Versuche, das gleiche Problem mit Innovationen in der Arbeitsorganisation und der Anwendungstechnologie innerhalb der bestehenden Strukturen zu kompensieren.

– Produktenfixes schließlich beschreiben die Hinwendung in einen neuen Sektor beziehungsweise das Aufkommen eines neuen, die Industrie dominierenden Produktes.

– Finanzielle fixes bezeichnen die Verschiebungen von Investitionen aus dem Handel und der Industrie in den Finanzsektor, die vor allem während der Globalisierungsschübe am Ende des 19. als auch des 20. Jh. vorherrschend waren und in deren Folge jeweils Krisen der Arbeiterbewegungen einsetzten.

Es wird davon ausgegangen, dass es zwischen der wachsenden Arbeitermacht und den verschiedenen fixes eine Kausalität gibt. Die fixes werden als verschiedene Varianten der Reaktion auf die wachsende Arbeitermacht beschrieben. Diese angenommene Kausalität ist wohl bei der Frage von Produktionsverlagerungen noch nachzuholen, mutet aber im Zusammenhang mit technologischen und Produktinnovationen etwas mechanistisch an.

Erkenntnisse

Die Schlüsse der Untersuchung verneinen einen „Wettlauf nach unten“. Im historischen Vergleich stellt sich ein vielmehr widerkehrendes Muster heraus, in dem sich durch geographische Verlagerungen („räumliche fixes“) neue Arbeiterklassen bilden und auf Basis der gewonnenen Produktionsmacht ebenfalls zu Verbesserungen bei Löhnen, Arbeitsbedingungen und Arbeiterrechten kommen. Die Geschichte der Massenproduktion von Automobilen mit ihrer komplexen und kapitalintensiven Arbeitsteilung zeige, wie überall ähnliche soziale Widersprüche, einschließlich ähnlich gearbeiteter Quellen von Arbeitermacht und ähnlicher Kampfformen geschaffen wurden, aber auch ein Wechselspiel von Neubildung und Schwächung bestehender Arbeiterbewegung abläuft. Auch die technologischen fixes bewirken widersprüchliche Entwicklungen, Just in time stärkt auch die Produktionsmacht der Arbeiter, da die Produktion anfälliger wird. Dies sei auch ein Unterschied zu den Entwicklungsverläufen in der Textilin-

dustrie, in der durch technische Entwicklungen tatsächlich qualifizierte Tätigkeiten ersetzt und aufgrund technischer Entwicklungen eine geringe Verknüpfung der Produktionsbestandteile hergestellt und somit die Produktionsmacht der Arbeiter vernichtet wurde.

Die Erfolge neu entstehender Arbeiterbewegungen münden regelmäßig in Klassenkompromissen, die jedoch, auch in Abhängigkeit von den weltpolitischen Rahmenbedingungen, von unterschiedlicher Haltbarkeit sind. So wird die relativ lange Phase des Klassenkompromisses und der sozialstaatlichen Absicherung in den Metropolen aus der Zeit nach dem Ende des zweiten Weltkrieges, mit den Prozessen der „Errichtung einer US-Welthegemonie“, durch die ein „Teufelskreis von Krieg und Arbeiterunruhen beendet“ (S.188) und in deren Verlauf eine importsubstituierende Industrialisierung von Teilen der Dritten Welt verfolgt wurde erklärt. Zu dieser Stabilität hätte auch die Einrichtung der bekannten internationalen Organisationen beigetragen, die auch die institutionelle Verankerung von Klassenkompromissen in den Metropolen beförderten, „die den Warencharakter der Arbeit einschränkten.“ (S.188)

Allerdings erweisen sich die Klassenkompromisse in der Dritten Welt brüchiger. Dies wird zum einen aus den weltpolitischen Entwicklungen abgeleitet. Beispielsweise hätten die nationalen Bündnisse aus der Phase der Entkolonialisierung heute keine politische Basis mehr. Wichtig sei für die Brüchigkeit aber auch ein aus dem Produktzyklus resultierendes Problem. Räumliche fixes beginnen in der Phase des ausgefeilten Produktes, wo die Generierung von Extraprofiten nicht mehr möglich ist. Neue Produkte würden jedoch nach wie vor in den Metropolen kreiert.

„Zusammengefasst lässt sich sagen, dass räumliche fixes die Nord-Süd-Spaltung abschwächen, während technologische und Produkt-fixes sowie Protektionismus diese Spaltung immer wieder herstellten.“ (S. 213)

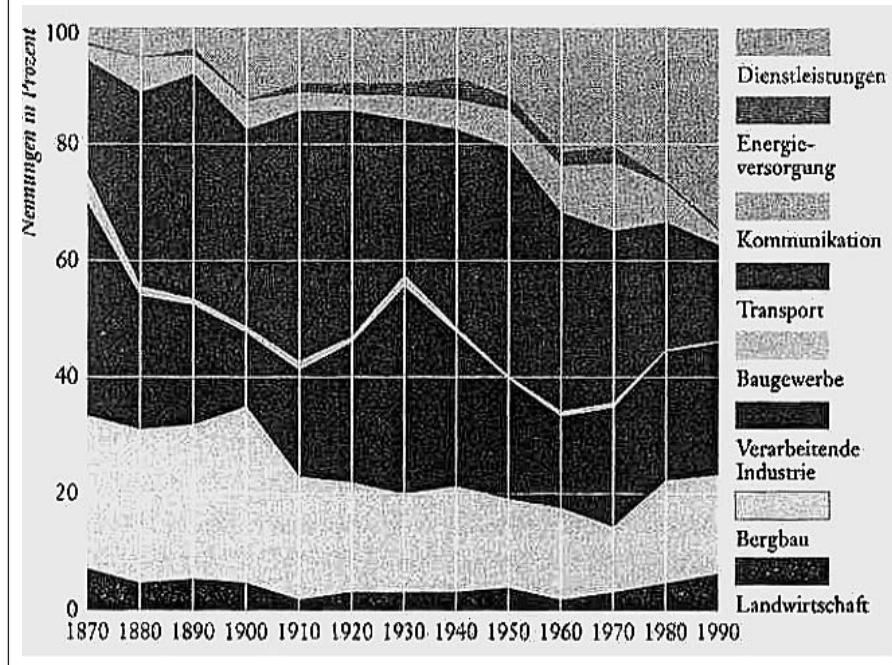
Aktuell wird kein neues Produkt und keine neue Industrie gesehen, die eine ähnliche gewichtige Rolle im weltweiten Prozess der Kapitalakkumulation einnehmen könnte, wie sie Textil- und Automobilindustrie einnahmen. Der Transportsektor wird als Sektor mit weiterhin starker struktureller Macht der Arbeiterbewegungen gesehen. Perspektivisch seien am ehesten noch die unternehmensbezogenen Dienstleistungen, der Bildungssektor und die personenbezogenen Dienstleistungen von Bedeutung. In diesen Bereichen funktionieren jedoch nicht mehr die klassischen Muster der Mobilisierung am Arbeitsplatz. Als Beispiel wird die Justice for Janitors-Kampagne und die Living Wage-Kampagnen in verschiedenen

Hochpunkte der Arbeiterunruhen in der Weltautomobilindustrie 1930-1996

	1930-34	1935-39	1940-44	1945-49	1950-54	1955-59	1960-64	1965-69	1970-74	1975-79	1980-84	1985-89	1990-96
USA	x												
Kanada	x												
Großbritann.					x								
Frankreich							x						
Italien						x				x			
Deutschland							x						
Spanien							x						
Argentinien								x					
Südafrika								x					
Brasilien								x					
Südkorea									x				

Es wurden die Länder aufgenommen, auf die mindestens ein Prozent der Nennungen von Arbeiterunruhen in der Automobilindustrie in der WLG-Datenbank entfallen. Ein x markiert den Hochpunkt und/oder Phasen, auf die zwanzig Prozent der Nennungen von Arbeiterunruhen in der Automobilindustrie in dem betreffenden Land entfallen.

Weltweite Arbeiterunruhen nach Sektoren, 1870 bis 1996



Städten der USA angeführt, die nur als Mobilisierung der Öffentlichkeit und im öffentlichen Raum möglich war. Hieraus wird geschlossen, dass die Bedeutung der Organisationsmacht wieder zunehmen wird (sie spielte in der Hochphase der Textilindustrie eine größere Rolle als in der Phase des Automobils).

Perspektiven einer weltweiten Arbeiterbewegung

Für die Autoren sprechen „gute Gründe dafür, dass die gegenwärtigen Globalisierungsprozesse und Arbeiterun-

ruhen nicht einfach die Entwicklung am Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts wiederholen. (S.209) Und weiter: „Wenn die Verlaufsmuster der Vergangenheit ein Wegweiser für die Zukunft sind, dann sollten wir in den Regionen, die in jüngster Zeit einen schnellen Industrialisierungs- und Proletarisierungsprozess durchlaufen, bedeutende Wellen industrieller Arbeiterunruhen (marxschen Typs) erwarten. (Diesbezüglich kommt dem Fall China die größte welthistorische Bedeutung zu.)“ (S. 212) (rog)



Gegen die Dienstleistungsrichtlinie:

Proteste in Berlin und Straßburg

Mehr als 40 000 Menschen haben am 11.2. gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie protestiert. An der vom DGB initiierten Demonstration in der Berliner Innenstadt, die unter dem Motto „Europa ja – Sozialdumping nein“ stand, nahmen auch Vertreter von SPD, Linkspartei.PDS, Grünen und des Arbeitnehmerflügels der Union teil. Die DemonstrantInnen schwangen den symbolischen Bolkestein-Hammer, mit dem sie die Richtlinie des früheren EU-Kommissars Frits Bolkestein zertrümmern wollen. Auf Transparenten lehnten die DemonstrantInnen Dumping-Löhne in Europa ab.

Der DGB hatte trotz des geplanten Kompromisses an der Kundgebung festgehalten, da der öffentliche Druck gegen Sozialdumping weiter nötig bleibe. Der DGB-Chef Michael Sommer kündigte auf der Abschlusskundgebung weiteren Widerstand gegen die geplante Richtlinie zur Öffnung der europäischen Dienstleistungsmärkte an, die in der kommenden Woche auch im Europäischen Parlament behandelt wird. Für Dienstag haben die Gewerkschaften zu weiteren Protestaktionen in Straßburg aufgerufen.

Die Kritik der Gewerkschaften und anderer Verbände hatte sich vor allem an dem so genannten Herkunftslandprinzip entzündet, wonach Unternehmen im Ausland nach den Gesetzen ihres Heimatlandes tätig sein dürfen.

Auf der Abschlusskundgebung kündigte DGB-Chef Michael Sommer entschlossenen Widerstand gegen den Richtlinienentwurf an, bei dessen Umsetzung die Gewerkschaften ein europaweites Lohn- und Sozialdumping befürchten. Wenn europäischen Dienstleistungsanbietern erlaubt werde, im Ausland nach den Tarif- und Sozialstandards des eigenen Landes zu arbeiten,

ten, würden die in Deutschland vielfach hart erkämpften Schutzrechte, Sozialstandards und Einkommen dem Dumping zum Opfer fallen, warnte Sommer. „Der freie Fall nach unten wäre programmiert.“ Bolkesteins Bild von Europa sei offenbar „das eines ungehemmten, unsozialen Brutalkapitalismus“.

Martin Rocholl, Vorsitzender von Friends of the Earth Europe (FOEE), forderte im Namen des globalisierungskritischen Netzwerks Attac und des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) den Erhalt der hohen Sozial-, Umwelt- und Verbraucherstandards in Europa. Die in der kommenden Woche in Straßburg zur Abstimmung stehende Bolkestein-Richtlinie könne „im schlimmsten Fall einen Wettlauf der EU-Mitgliedstaaten um die niedrigsten Sozial- und Umweltstandards zur Folge haben“. Ohne verbindliche Standards in der EU dürfe es keine Markttöffnung geben.

Neben den Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften ver.di, IG Metall, IG Bau und GEW waren auch Bundesentwicklungshilfeministerin Wieczorek-Zeul, Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (beide SPD), die Grünen Fraktionschefin Renate Künast und Parteichef Reinhart Bütikofer anwesend.

Mehr als 15.000 demonstrieren in Straßburg gegen die Bolkestein-Richtlinie

Mehr als 15.000 Menschen haben am Samstag, 11.2., in Straßburg gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie demonstriert. Zur Demonstration in Straßburg hatten Attac, Gewerkschaften, Sozialbündnisse und Parteigliederungen aufgerufen. Die TeilnehmerInnen und Teilnehmer waren mit Sonderzügen und Bussen überwiegend aus Frankreich, Belgien und Deutschland angereist; auch aus anderen Ländern waren Delegationen vertreten.

Bei der Auftaktkundgebung sprachen: Detlev Baade, Hafenarbeiter, Anique Coupé, Solidaire, Francis Wurtz (PCF/EP), Christiane Hansen, Mitgründerin von Attac München und seit Sept. 1998 Mitglied von Attac Frankreich, Prof. Peter Grottian, FU Berlin/Bündnis Sozialproteste sowie ein Vertreter aus Belgien.

Aus: Nachrichten und Stadtpunkt, Schweinfurt,

(anb)

BDI und hessischer Ministerpräsident loben zentrale Rolle des Mittelstandes. FAZ, Do., 9.2. Vor 300 Unternehmern und Managern bei der Kronberger Unternehmensberatung Accenture waren sich R. Koch (CDU) und J. Thumann (BDI) einig: Politik müsse dem Mittelstand „Luft zum Atmen lassen“. Thumann lobte die „Hidden Champions“, oft unbekannte Unternehmen, die mit innovativen Produkten einen speziellen Markt erobert haben. Für solche Unternehmen gehe es nicht mehr um Marktbreite, sondern um Tiefe, mithin um gute Kundenbeziehungen.

BDI weist auf große Bedeutung von Kernkraft hin. FAZ, Fr., 10.2. Sollten die Kernkraftwerke wegfallen, so BDI-Präsident Thumann, drohe eine Energie-Angebotsverknappung. „Der Kernenergieausstieg in Deutschland ist eine Fehlentwicklung“. Es gebe „ein Dutzend guter Gründe dafür, die Kernkraftwerke länger laufen zu lassen“, auch weil dadurch der Ausstoß von Klimagassen vermieden werde.

Wirtschaft lobt EU-Kompromiss bei Dienstleistungsrichtlinie. Die vier Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft forderten die Abgeordneten des Europaparlaments auf, die Richtlinie anzunehmen. Sie müsse „in Gottes Namen mit Kompromissen“ nun auch verabschiedet werden, sagte K. Bräunig vom BDI. Die ausgehandelte Lösung sei mehr als nichts.

BDI fordert Modernisierung der Rechtsform der GmbH. FAZ, Mi., 15.2. Die Internationalisierung deutscher Unternehmen führe dazu, dass die GmbH an Bedeutung verliere, da sie nicht exportfähig sei, sagte K. Bräunig, Mitglied der Geschäftsführung des BDI. Die GmbH-Gründungen müssten Beschleunigung erfahren, eine Standardgründung ohne bestimmte Nachweise (Bareinlage) solle möglich werden.

Bundesregierung schützt deutsche Unternehmen vor feindlicher Übernahme. HB, Do., 16.2. Das Bundeskabinett beschloss einen Gesetzentwurf zur Umsetzung der EU-Übernahmerichtlinie in nationales Gesetz. Die Bundesregierung nutzt hier Freiräume in der EU-Richtlinie: Prinzipiell gilt Stillhaltepflicht für den Vorstand einer Aktiengesellschaft für den Fall einer feindlichen Übernahme-Attacke, der Gesetzentwurf lässt jedoch Abwehrmaßnahmen zu. Die EU-Richtlinie sah ursprünglich eine weitergehende Liberalisierung vor, war aber auf Druck der rot-grünen Bundesregierung entschärft worden. Der BDI begrüßt den Entwurf. Es sei sinnvoll, es den Unternehmen zu überlassen, Verteidigungsmittel anzuwenden.

Presseaussertung: rst



Am 11./12.2.06 tagte die Landesmitgliederversammlung der Linkspartei.PDS in Hamburg. Mit einem klaren Votum für den Leitantrag, der von letzten

Landesarbeitsausschuss vorgelegt wurde, bestätigten die Mitglieder den in Hamburg eingeschlagenen Kurs, den Prozess der Bildung einer „neuen, starken Kraft der demokratischen Linken“, die als Voraussetzung für die gesellschaftspolitischen Ziele der Linkspartei gesehen wurde, voranzutreiben. Ebenso wurde bestätigt, dass die von den Vorständen von Linkspartei und WASG geplante Kampagne „Hamburg für alle – sozial und solidarisch“, mit der Aktivitäten gebündelt und konkrete Alternativen zur Senatspolitik aufgezeigt werden sollen, durchgeführt wird. Es soll auf dieser Basis zusammen mit der „vielfältigen Linken in Hamburg“ eine Kandidatur zur Bürgerschaftswahl 2006 vorbereitet werden, die ein deutliches Signal „gegen die soziale Spaltung der Stadt, Sozialabbau Bildungskahlschlag und Entdemokratisierung“ sein soll ... Als SprecherInnensteam wurden die Sekretärin Andrea Franken, die Krankenschwester Christine Detamble-Voss, der Lehrer a.D. Horst Bethge und der Weiterbildner Herbert Schulz gewählt. Sie lösen die bisherige Landesprecherin Christiane Schneider und den bisherigen Landesprecher und Yavuz Fersoglu ab. Beide hatten aus persönlichen Gründen nicht wieder kandidiert.

PM

Zum Thema „Was ist die Linke?“ hielt Oskar Lafontaine auf der XI. internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz am 14. 1. in Berlin eine Rede mit programmatischen Aussagen. Da in den nächsten Tagen Thesen zur Programmdiskussion veröffentlicht werden, bleibt abzuwarten, ob die zahlreichen zentralistischen Vorschläge von Lafontaine sich in der Programmatik wiederfinden werden. Hier einige Auszüge.

„Ich glaube, dass es nicht gut ist, wenn die neue Gruppe ihre Politik nur über die Ablehnung von Fehlentscheidungen der Vorgängerregierung oder der jetzigen Regierung definiert. Ich glaube, dass wir festhalten sollen an einer positiven Utopie der Gesellschaft. Ich knüpfe dabei immer wieder an die Utopie der Aufklärung an. Nach wie vor glaube ich, dass die Weltgesellschaft der Freien und Gleichen ein Ideal ist, an dem man sich orientieren kann und an dem sich auch nationale linke Gruppierungen orientieren können. Und ich glaube, dass wir hier in der Bundesrepublik Deutschland versuchen sollten, dazu beizutragen, dass wir ein Staat sind, der in der Außenpolitik anknüpft an die Politik Willy Brandts und der in der Sozial- und Wirtschaftspolitik versucht,

eine Gesellschaft zu errichten, in der jeder Mensch sein Leben in Würde leben kann, frei von sozialer Not, und in der wir eine echte soziale Demokratie entwickeln.“

Was ist die Linke? Zur Zeit könnte man sie vielleicht als eine aufkommende Widerstandsbewegung gegen den Neoliberalismus bezeichnen, weil der Neoliberalismus ein Angriff auf die Würde des Menschen ist, weil der Neoliberalismus ein Angriff auf die Demokratie ist und weil der Neoliberalismus ein Angriff auf die soziale Gerechtigkeit und den Sozialstaat ist. Wenn man dies so analysiert ... dann kann man sehr leicht auch das Gegenkonzept entwickeln. Ich glaube, dass der Neoliberalismus bestimmt war von den Begriffen der Deregulierung, der Privatisierung und des Abbaus der Demokratie. (...) Wir wollen nicht Deregulierung, sondern wir wollen Regulierung. Wir wollen nicht Privatisierung, sondern wir wollen die Ausweitung des öffentlichen Sektors. Und wir wollen nicht nur Demokratisierung, sondern wir wollen die Ausbreitung der sozialen Demokratie...

Wenn wir uns diese Ziele vornehmen, dann glaube ich, dass wir erst einmal erkennen müssen, dass dies auch eine geistige Auseinandersetzung ist, die zunächst nichts zu tun hat mit praktischen politischen Schritten. Wir haben eine kulturelle Hegemonie des Neoliberalismus. Und die neue Linke sollte sich die Aufgabe stellen, die kulturelle Hegemonie des Neoliberalismus langsam aufzuweichen und allmählich zu einer Diskussion in der Bundesrepublik beizutragen, in der die tiefgreifende und langanhaltende kulturelle Hegemonie des Neoliberalismus durchbrochen wird. Ich sage es immer so: Der Kapitalismus entfremdet nicht nur die Arbeit, er entfremdet vielmehr auch die Sprache und damit das Denken ...

Ich will drei Beispiele erwähnen, um deutlich zu machen, was ich meine: Der zentrale Begriff der Reformpolitik der letzten Jahre war der Begriff der Lohnnebenkosten. Und alle Parteien haben gesagt, zentrales Ziel unserer Politik ist es, die Lohnnebenkosten zu senken. Und auch die jetzige Regierung sagt immer wieder, die Lohnnebenkosten müssen gesenkt werden. Und wenn man die Medienwelt in Deutschland betrachtet, dann hören und lesen wir jeden Tag Hunderte Kommentare, in denen gefordert wird, die Lohnnebenkosten zu senken. Dies ist ein klassisches Beispiel dafür, wie der Kapitalismus die Sprache beherrscht ... Der zweite zentrale Begriff der neoliberalen Hegemonie ist die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes – einer der schrecklichsten Begriffe der letzten Jahre. Und immer wieder hören wir, dass jeder, der meint, er müsse sich sachverständig zu ökonomischen Fragen äu-

ßen oder zur zukünftigen Entwicklung der Reformen der Bundesrepublik Deutschland, sagt: Wir brauchen eine stärkere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Und auch jetzt, wenn die Frage gestellt wird, nicht nur bei uns, sondern in Gesamteuropa, was können wir denn tun, um die Arbeitslosigkeit abzubauen, um wieder zu mehr Wachstum und Beschäftigung zu kommen, dann heißt es, wir brauchen eine stärkere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Auch hier hilft die Übersetzung weiter: Flexibilisierung des Arbeitsmarktes heißt weniger Kündigungsschutz, heißt Arbeitszeiten rund um die Uhr ohne Rücksicht auf familiäre, soziale und kulturelle Traditionen und heißt niedrige Löhne, nach Möglichkeit immer näher an der Ein-Euro-Grenze ...

Das dritte zentrale Wort der Reformpolitik ist die Globalisierung. Ich plädiere dafür, es in Zukunft bei unseren Debatten immer zu ersetzen durch das Wort Kapitalismus. Wenn man das nämlich macht – und ich muss sagen, ich bin relativ spät darauf gekommen, ich habe auch oft das Wort Globalisierung gebraucht ... – dann stellt man fest, dass der Kontext wieder stimmt ...

Schützende Gesetze: Nun habe ich gesagt, dass ein zentrales Wort des Neoliberalismus die Deregulierung ist. Und wir haben das ja oft gehört und können es immer wieder nachlesen. Und der Deregulierung möchte ich jetzt nicht einen Klassiker des Sozialismus entgegensetzen, sondern ich möchte diesem Begriff Rousseau entgegensetzen, einen Denker der Aufklärung. Er sagte einmal: Zwischen dem Starken und dem Schwachen befreit das Gesetz, während die Freiheit unterdrückt. Ich wiederhole diesen historischen Satz Rousseaus noch einmal, weil er wirklich eine Handlungsanleitung ist für vieles, was wir in Zukunft zu tun haben: Zwischen dem Starken und dem Schwachen befreit das Gesetz. Der Schwache braucht das Gesetz, um überhaupt in Freiheit leben zu können, um sich überhaupt gegenüber dem Stärkeren behaupten zu können, während die Freiheit unterdrückt, weil dann der Stärkere sich durchsetzt und die Schwächeren an die Wand drückt. Und wenn man sich die Weltpolitik einmal ansieht, und wenn man unsere Sozialgesetzgebung, den Kündigungsschutz und so weiter betrachtet – immer wieder stoßen wir auf dasselbe Prinzip: der Abbau von Regeln, der Abbau von Gesetzen nützt dem Stärkeren und schwächt die Schwächeren – also müssen wir das umgekehrt handhaben. Wir müssen immer wieder darauf drängen, dass Regeln, national und international, eingehalten werden zugunsten der Schwächeren – und dabei sind wir mitten in der praktischen Politik.“

Zusammenstellung: jöd

„Ich bin gegen Gewalt“ ist die Standardaussage von Menschen bei Diskussionen und Umfragen zum Thema Gewalt. Unter dem oftmals unreflektierten, nahezu nebulosen Begriff „Gewalt“ verstehen sie in erster Linie Atomwaffen, Krieg oder Mord. Doch Gewalt hat mehr Facetten, sie betrifft uns alle und wird gedankenlos auch nur allzu oft von uns selbst anderen gegenüber ausgeübt.

„Gewalt ist die Einwirkung auf andere Menschen zum eigenen Nutzen und/oder zu dessen Schaden; und sie ist – in welcher Form auch immer – langfristig nicht zielführend, da Gewalt eine Spirale der Gegengewalt hervorruft!“ Gewalt ist also nicht nur Krieg, Mord und Totschlag, sondern auch die Ohrfeige, die ich dem Kind gebe, das rigoros überwachte Haushaltsbudget der Ehefrau, die unerwünschten Zudringlichkeiten bei der Kollegin oder die erzwungene Vorfahrt im Straßenverkehr ...

Mit dem Finger auf alle Spielarten der Gewalt – auch die nicht so offensichtlichen – zu zeigen, zum Denken und Diskutieren anzuregen, sieht die Künstlergruppe „Gegen Gewalt“ Stefan Britt, Joachim Graf, Winfried Hauck, Carl Nissen, Rikki Reinwein, Cherry Sanaee und Hans Waschkau als ihr Anliegen. In ihrer Ausstellung „Gegen Gewalt – GegenGewalt“, geleitet von den Gedanken Bischof Helder Camaras „Gewalt schafft unmenschliche Situationen. Sie bringt deshalb den Tod ebenso wie der blutigste Krieg“, überraschen die engagierten KünstlerInnen aus Deutschland, Iran und Österreich mit ungewöhnlichen Blickwinkeln und Betrachtungen des Themas „Gewalt“. Mal spielerisch leicht, mal erdrückend alptrumhaft führen sie den Besuchern der Ausstellung ihr Verständnis der Variationen von Gewalt und GegenGewalt vor Augen; und werfen damit auch die Frage in den Raum: Gibt es „böse“ und gibt es sanktionierte, also „gute“ Gewalt?

Dauer und Ort der Ausstellung:

16.2. bis 2.5.2006
(Montag bis Freitag; 9 bis 22 Uhr)
im Gewerkschaftshaus München,
Schwanthalerstraße 64, Haus 2,
4./5. Stock.

Pressemeldung der beteiligten Künstler

Gegen Gewalt – Gegengewalt: Eine Betrachtung aus sieben Blickwinkeln

Im Gehirn einer Katze,

die unerwartet einem Hund gegenübersteht, werden blitzartig die körpereigenen Drogen Adrenalin und Noradrenalin ausgeschüttet. Der ganze Körper wird auf höchste Leistungsbereitschaft geschaltet, das Gehirn beantwortet

„Gegen Gewalt – GegenGewalt“ – eine Kunst-Ausstellung

unter der Schirmherrschaft von Christian Ude, Oberbürgermeister von München, Mitglied der Bürgermeister-Kampagne gegen Atomwaffen „Mayors for Peace“.



Heilige Familie.
Von Stefan Britt

spontan die lebenswichtige Frage:
Flucht oder Aggression?

Ist es ein großer Hund, rennt die Katze. Doch plötzlich, mitten aus dem vollen Lauf, wirft sie sich herum und hält stand, alle Signale mörderischer Wut zeigend. Wo ist ihre Angst geblieben?

Auch wir Menschen, wie alle Säugetiere, produzieren in unserer Nebenniere Adrenalin und Noradrenalin. In einer lebensbedrohenden Stress-Situation kann jeder die Erfahrung machen, wie die ursprüngliche Angst einem wilden (richtig tierischen) Drang, Gewalt oder eben Gegengewalt auszuüben, Platz macht. Dieses im Laufe der Evolution erlernte Programm kann durch die erst später erworbene Vernunft nicht so einfach gelöscht werden. Aber vielleicht können wir wenigstens einige Nebenwirkungen vermeiden. So zum Beispiel die süchtig machende Tendenz, die dem wiederholten Bestehen und Zurückwerfen von Gewalt innewohnt. Denn

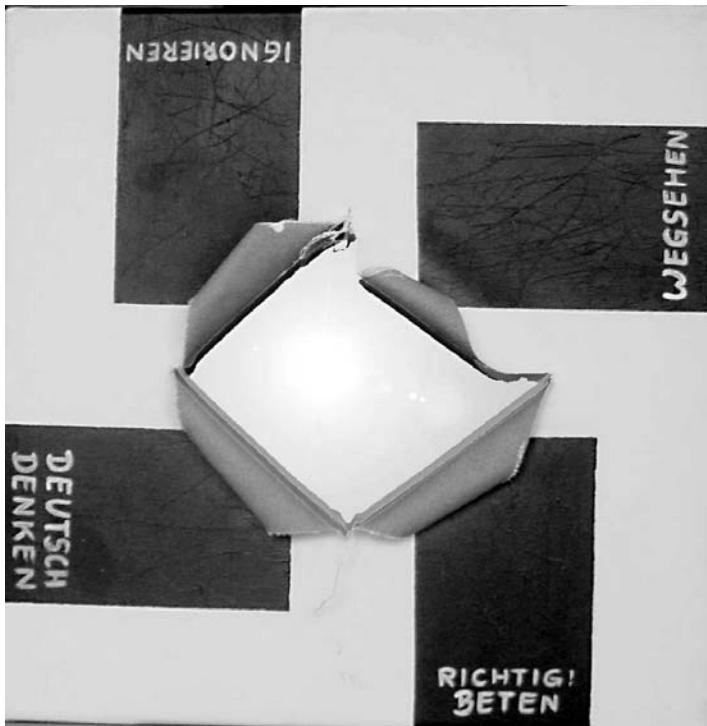
nach jeder kriegerischen Aktion verabreicht uns der eigene Körper einen tüchtigen Schuss Endo-Valium und Endo-Morphium. Zur Belohnung sozusagen.

Natürlich sind Soldaten, welche im praktischen Einsatz die kritische Schwelle übersprungen (weil überlebt) haben, für alle Zeiten potentielle Mörder. Sie aber wie zivile Gewalttäter lebenslänglich einzusperren, oder zur Sicherheit nach ihrem Gebrauch einfach zu töten, wäre auch unzulässige Gewalt.

Wollen wir die Wehrpflicht abschaffen? Würden wir damit einem nationalen Imperialismus Widerstand leisten? Und wie sollen die pazifistischen Bürger möglicher Gewalt einer Söldnerarmee im eigenen Land begegnen, wenn sie nicht wissen, mit welchem Ende ein Gewehr schießt?

Eigentlich wollte ich was über meine Bilder sagen – Britt

Stefan Britt: Einsatz für Minderheiten ist Stefan



Vier harmlose Rechtecke.
Von Joachim Graf

Britts Devise. Stefan Britts Bilder strotzen von überschäumender Phantasie. Doch niemals spielt er nur mit leeren Formen. Immer ist eine hintergründige, manchmal hinterfotzige, manchmal mystische Komponente im Spiel. Seine vielen Schüler bewegen sich auf seinen Pfaden. Erreicht oder gar überholt hat ihn noch keiner.

Frage nach der persönlichen Verantwortung

Die Gewalt in meinen Bildern ist nicht zu sehen, nur zu ahnen. Sie zeigt sich in den Blicken der Kinder, die auf den Collagen zu sehen sind. Das missbrauchte Mädchen, das Kind in seiner Mini-Uniform, komplett mit Maschinenpistole und Handgranaten, der hasserfüllte Junge – ich kombiniere Zeitungsausschnitte, die meine abstrakten Formen strukturell erklären und eindringlicher machen.

„Vier harmlose Rechtecke“ wirft das ultimative deutsche Gewalterlebnis, den Nationalsozialismus, auf den Betrachter zurück. Denn vier harmlose und aktuelle Rechtecke (ignorieren, wegsehen, deutsch denken, richtig beten) bilden das Hakenkreuz. Und stellen dem Betrachter die Frage nach seiner persönlichen Verantwortung. – Joachim Graf

Joachim Graf: Baujahr 1960, lebt und arbeitet in München. Zusammen mit seinem Partner Gründer und Eigentümer des HighText Verlags in München. Journalist, Buchautor, seit einiger Zeit auch als dialektischer Maler zwischen Hartz 4, 3D- und 2-Dimensionalität unterwegs. Seine abstrakten und geometrischen Formen kombiniert er mit Zeitungsausschnitten und anderen Fragmenten aus dem realen Leben und schafft so

neue Bedeutungszusammenhänge und Einsichten.

Bilder gegen Gewalt und Rassismus

Ein Schwerpunkt von meinen künstlerischen Arbeiten ist das Thema „Bilder gegen Gewalt und Rassismus“. So werden in der Serie „in memoriam Amadeo Antonio“ Stationen aus dem Leben des ersten Opfers von weit über 100 rassistischen Mordfällen nach dem Mauerfall dokumentiert: Seine Familie, sein Sohn, der erst nach seinem Tod geboren wurde,

Amadeo zuhause, auf dem Motorrad als Vertragsarbeiter der DDR und der Neonaziüberfall.

Für ein „mural“, ein Mauerbild von 6 Meter Länge, existiert bisher nur ein Entwurf. Es sind „Münchner G'schichten“ einmal anders: „Die Bombenleger vom Jakobsplatz“. Ganz im Gegensatz zum Mainstream der gegenwärtigen Beliebigkeitskunst werden hier bewusst narrativ Bildergeschichten erzählt. Die Bilder sind für denn öffentlichen Raum bestimmt, sind zugkräftig, ja „kraucht“.

Da ist die Justizposse, die Jennifer Lopez als verführerische, trügerische Schönheit zeigt – mehr Schein als Sein. Sie ist auf dem rechten Auge blind, und die Waage entgleitet ihr schwankend im Wind. Da fliehen „Skinheads“ als schwarze Schemen, zurück bleibt ein Baseballschläger. Die Fahnder stehen vor einem Rätsel, ermitteln in alle Richtungen. Da ist der Jakobsplatz am 9. November 2003 mit Martin Wiese als Bombenleger. Auf einem anderen Bild sehen wir zwei Mädchen an einem Fußballkicker, für Triumph-Mieder posierend, und in der Mitte das „Nazi-Luder“ Monika S., die als „Christl von der Post“ für den Bombenleger Wiese linke Organisationen ausspionierte. Das nette Mädchen von nebenan, das Böse unter uns. Den Abschluss bildet ein Dirlndl, den Maßkrug vor dem Mund, das vor lauter Schaum die Welt nicht mehr sieht. „Mir samma mir“, und das Leben geht weiter. – Winfried Hauck

Winfried Hauck: Jahrgang 1937. Studium der Germanistik, Romanistik, Kunstgeschichte, Studienaufenthalte in Marokko und Kolumbien, Dozent an der Universität Conception, Chile. Seit 1980 Deutschlehrer im Eurobildungswerk für Immigranten und Asylbewerber. Seit 1993 Beginn der Weiterbildung zum Bildenden Künstler.

Zur Holzkohle-Zeichnung „Ritter Tod und Teufel“ (Mai 2003)

Irakkrieg, das ist neurotisch tödliche Erpressung der Öffentlichkeit und – „weinende Mütter hüben und drüben“. (B.B.) Es tauchen auf: Erschütterungen durch den noch erlebten 2. Weltkrieg. Und ich weiß, dass Hass und Tod neue hasserfüllte Ideologien erzeugen. Wut führt die Hand und der Wunsch drängt, öffentlich den Zeitgenossen meinen Widerspruch gegen Krieg und Gewalt mitzuteilen. – Carl Nissen



In memoriam Amadeo Antonio
Von Winfried Hauck



Ritter, Tod und Teufel
Von Carl Nissen



Pronomina

Ich und Du, Mein und Dein beherrschen plötzlich die Gedanken. Vergessen das Unser und Wir. Vergessen die Tage der Harmonie. Gefangen im betonten Ich sehnen wir vergangene Tage des Friedens und Verstehens wieder herbei. Von Rikki Reinwein

kannt und dementsprechend geächtet werden, kann sich eine effiziente Kultur der GegenGewalt entwickeln und damit die Bahn für eine Zukunft gänzlich ohne Gewalt ebnen.

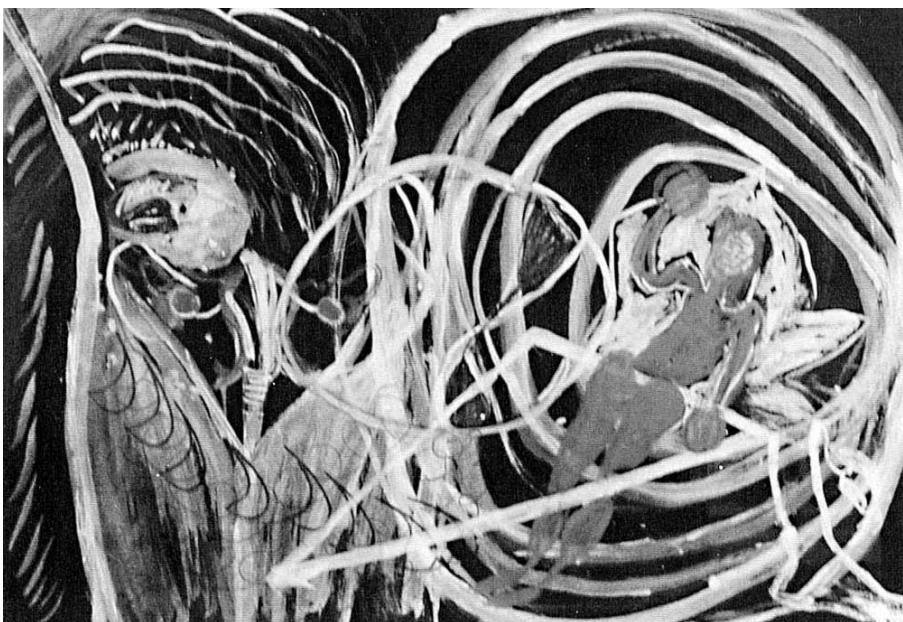
Auf Schritt und Tritt begegnet uns Gewalt auf unserem Arbeitsplatz, aber auch im trauten Familien- und Bekanntenkreis. Diese „private“ oder „stille“ Gewalt ist teilweise gesellschaftlich – wenn auch nicht immer legal – akzeptiert, wie zum Beispiel „die g'sunde Watsch'n“, sexuelle Belästigungen oder die Vernachlässigung Abhängiger. Zum Teil wird sie von Jedermann verurteilt, doch durch immanente gesellschaftliche Tabus vor der Legislative abgeschirmt; dazu zählen Kindesmissbrauch, eheliche Gewalt, Mobbing, etc.

Ein roter Faden in meinem Werk ist die Zurschaustellung dieser stillen Gewalt, meine GegenGewalt, denn erst durch die Sensibilisierung für diese Gewalt-Varianten kann ein Denkprozess und damit einhergehende Handlungs- und Haltungsweisen erreicht werden. – *Rikki Reinwein*

Rikki Reinwein: 1962 geboren in Wien/Österreich. 1977-1992 Studium der Grundlagen der Bildenden Kunst. Studienreisen in Europa, in die USA, Mexiko und Asien. Seit 1992 Auftragsarbeiten und zahlreiche Ausstellungen in Österreich, Italien, Schweiz, Deutschland, Frankreich, Schweden und USA. Seit 1998 freischaffende Künstlerin. Lebt in München und Wien.

Für ein gerechtes Leben

Mit meinen Bildern und Gedichten möchte ich auf die Situation vieler Mädchen und Frauen auf dieser Erde aufmerksam machen. Für mich bedeutet Aufklärung nicht zu verurteilen oder zu verbieten, vielmehr muss mit viel Empfhlungsvermögen und in ständiger Überzeugungsarbeit gegen falsches Traditionsbewusstsein, Missverständnis religiöser Schriften und männliches Besitzdenken, das die Unterdrückung der Frauen mit einschließt, vorgegangen



Embryo-Geschlechtsdiskriminierung.
Von Cherry Sanaee

Carl Nissen: Geboren 1935 Münster/Westfalen. Studium in Hamburg und München bei Prof. Kranz, Prof. Jürgens, Prof. Geitlinger. Mitarbeit im BBK Bundesverband und in der Internationalen Gesellschaft der Bildenden Künste, Unesco, 1979-82 Vorsitzender des BBK-München und Oberbayern, 1979-92 Mitglied der Ausstellungskommission der Galerie der Künstler München, 1998 freischaffend in München, Dozent der Münchner VHS, Ausstellungsleitung Pavillon e.V.

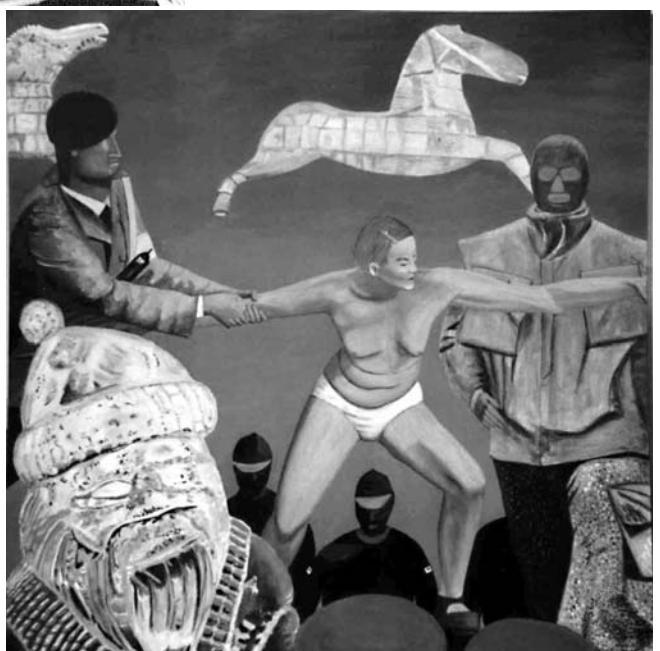
GegenGewalt

Mord, Totschlag, Terror und Krieg wird, der allgemein üblichen Ethiklehre des 21. Jahrhunderts nach, als Gewalt definiert und der anständige Staatsbürger und seine Lenker sind dementsprechend dagegen und entwickeln eine Form von GegenGewalt um diese Gewalt zu unterbinden.

Doch Gewalt ist sehr vielseitiger und vielschichtiger, und diese anderen, diese unauffälligeren Erscheinungsbilder Spielarten von Gewalt interessieren mich und rufen meinen Widerstandsgenossen, meinen Gerechtigkeitssinn hervor:

Erst wenn diese gleichsam versteckten Formen der Gewalt als solche er-

„Wir geloben ...“
Von Hans Waschkau



werden. Es gilt, viele Mädchen und Frauen vor einem schrecklichen Schicksal zu bewahren und ihnen ein gerechtes Leben zu ermöglichen. – *Cherry Sanaee*

Cherry Sanaee: Geboren 1949 in Mohabad/Iran. 1969–1970 Besuch einer Musik- und Kunsthandschule in Teheran. 1970–1973 Studium der Bildenden Künste an der Akademie der Schönen Kunst Teheran. 1974–1976 Studium des Journalismus an der Frauen Fachakademie Teheran. 1979–1981 Literatur, Philosophie und Geschichte an der Universität Teheran. Seit 1984 in Deutschland.

Gegen Gewalt

Die Aufklärung hat nicht alle ihre Versprechen einlösen können. Dies gilt auch für das wichtigste Versprechen, das der deutsche Philosoph Immanuel Kant formuliert hat: „Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen.“ (1) Der Einsatz von Gewalt ist ein bedeutender Faktor, der die Erfüllung dieses Versprechens bisher verhindert hat.

„Gewalt hindert den Menschen grundsätzlich an seiner Selbstbestimmung und beschränkt seine Freiheit“ (2), wird in einem Lexikon zum Stichwort „Gewalt“ lapidar festgestellt. Das zeigt, dass sich das von Kant angestrebte Ziel nicht verwirklichen lässt, solange der Einsatz von Gewalt allseits akzeptiert wird. Dies gilt nicht nur für politische Gewalt – die gesamte Gesellschaft ist durchdränkt von Gewalt, sei es Eltern-Gewalt bzw. Gewalt gegen Kinder, Gewalt von Männern gegen Frauen, Nötigung von Beschäftigten durch Arbeitgeber und vieles mehr. Die Akzeptanz von Gewalt hat z.B. dazu geführt, dass Deutschland heute wieder Angriffskriege führen kann, obwohl das Grundgesetz dies unmissverständlich verbietet.

Gewalt sichtbar zu machen und zu legitimieren, ist für mich ein wichtiges Anliegen. Grund dafür ist sowohl das politische Eintreten für die Emanzipation der Menschen wie auch persönliche Betroffenheit. Es hat sich gezeigt, dass Vernunft alleine für die Durchsetzung des Kern-Anliegens der Aufklärung nicht ausreichend war. Vielleicht kann ja Unterstützung durch die Kunst – zumindest ein wenig – dabei helfen. – *Hans Waschkau*

(1) zitiert nach dtv-Atlas zur Philosophie, Deutscher Taschenbuch Verlag GmbH und Co. KG, München, 1991, 5. Auflage 1995, S. 103

(2) „Gesellschaft und Staat – Lexikon der Politik“ Signal-Verlag, Baden-Baden 1984, S. 265

Hans Waschkau: Jahrgang 1952. Studium Mathematik, seit 1979 in München Programmierer. Ab 1980 Hinwendung zur Bildenden Kunst im Bemühen um eine emotionale Ausdrucksweise und mit der Absicht, sich für politische und gewerkschaftliche Ziele auch kulturell einzusetzen.

Anmerkungen zur Enzyklika „Deus caritas est“ von Papst Benedict XVI.

Dr. Harald Pätzolt

1. Allgemeine Einordnung

Dies ist die erste Enzyklika des deutschen Papstes. Im Stil ist sie einladend, offen, ohne Diskriminierungen anderer Kirchen und Glaubengemeinschaften. Benedikt XVI. kennt die gegenwärtige Welt sehr genau und weiß um die Schwierigkeiten der katholischen Kirche, sich in dieser Welt zu behaupten. Seine Enzyklika ist weder vordergründige Sozial- oder Kulturkritik, auch kein Appell an die Staaten oder die Politiker. Es steckt darin keine Polemik mit Andersgläubigen und auch keine Strafpredigt ans eigene Kirchenvolk. Die Enzyklika breitet das katholische Selbstverständnis vor uns aus. Und sie ist selbstverständlich an die gerichtet, die als Adressaten auch genannt sind: an seine Kirche. Ihr Thema ist die Liebe Gottes als Wurzel des Sozialen, der Gemeinschaft der Menschen, der katholischen Kirche wie auch des Sozialstaates. Und ihr Thema ist die Gerechtigkeit als Grundsatz jeder gesellschaftlichen Ordnung der Menschen. Benedikt XVI. bestimmt die soziale Frage heute als die Frage nach Nächstenliebe und Gerechtigkeit.

2. Herausforderungen für sozialistische Politik und sozialistisches Denken

Mit „Gerechtigkeit und Liebe“ ist jener Passus im 2. Teil der Enzyklika (Kap. 26 bis 29) überschrieben, der sich mit dem Verhältnis von Staat und (katholischer) Kirche, Politik und Caritas befasst.

Die Argumentationen bewegen sich ganz im Rahmen der katholischen Staats- und Gesellschaftslehre. Neuerungen sind nicht erkennbar.

Die Herausforderung für sozialistische Politik wie für sozialistisches Denken besteht zum einen in der Behauptung dieser Auffassungen *in der heutigen Zeit*, „der Welt der Globalisierung der Wirtschaft“, wie es Benedikt XVI. ausdrückt.

Zum andern liegt für uns gerade in der Konfrontation dieser Auffassung mit der des Marxismus eine weitere Herausforderung.

Zunächst einmal ist festzuhalten, dass es in der ganzen Enzyklika wie in dem hier zu besprechenden Abschnitt zuerst um die innerkirchlichen Angelegenheiten geht. So wird der Abschnitt, der zu „Gerechtigkeit und Liebe“ überleitet (Kap. 24), beschlossen mit der Feststellung, dass es *innerhalb* der Kirche, der Gemeinschaft der gläubigen Katholiken, keine Notleidenden geben solle. Innerhalb der Kirche selbst als einer Fa-

milie darf kein Kind Not leiden. Darin bestehe der *spezifisch* kirchliche Auftrag. Davon handelt die ganze Enzyklika.

Dies einmal vorausgesetzt, überschreite Caritas aber auch die kirchlichen Grenzen. Das Bild des barmherzigen Samariters stehe dafür, dass man sich auch dem Bedürftigen zuwenden solle, der einem zufällig begegnet.

Wenn also im Weiteren von *Gemeinschaft* die Rede ist und davon, dass alle Mitglieder der Gemeinschaft an deren Gütern ihren Anteil haben sollen, dann dürfen wir nicht vergessen, dass es zuerst immer um die Kirche selbst, die Gemeinschaft der Katholiken geht.

Benedikt XVI. beginnt mit einer Auseinandersetzung mit dem Marxismus. Genauer gesagt ist dies eine Auseinandersetzung mit der Religionskritik des Marxismus des 19. Jahrhunderts:

Almosen seien nur eine Entlastung des Gewissens der Reichen, damit würde sich die Lage der Armen nicht verbessern. Die Kirche stabilisiere so nur die ungerechten Verhältnisse.

Soweit ist dies eigentlich nicht allein die marxistische Kritik an der Kirche, sondern eine Auffassung, die eng mit dem Denken und der Periode der europäischen Aufklärung verbunden ist. Marxistisch (oder besser: kommunistisch) könnte man die Pointe der Kritik, den Vorschlag zur radikal andern Lösung des Problems der Gerechtigkeit, bezeichnen, nämlich (mit des Papstes Worten) eine Ordnung der Gerechtigkeit zu schaffen, in der *alle* ihren Anteil an den Gütern der Welt erhielten.

Die Worte sind sorgfältig gewählt.

Richtig daran sei, „dass das Grundprinzip des Staates die Verfolgung der Gerechtigkeit sein muss und dass es das Ziel einer gerechten Gesellschaftsordnung bildet, unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips jedem seinen Anteil an den Gütern der Gemeinschaft zu gewähren“.

Man merke: Hier ist vom Staat die Rede und von den *Gütern der Gemeinschaft*. Das bedeutet, es geht um die Staatsbürger und um deren Anteil an dem, was ihnen als solchen, dem Staat also, eigen ist. Es geht eben nicht um den Anteil *aller* an den *Gütern der Welt*.

Wovon ist die Rede? Vom Eigentum. Von sonst gar nichts.

Die *Güter der Welt* sind eben *nicht Gemeineigentum* irgendeiner realen Gemeinschaft, weder der des Staates noch der Kirche. Sie sind es zu Teilen, aber eben auch (und, man glaube nicht, der Papst wäre nicht von dieser Welt!) und vor allem *Privateigentum*. Und daran sei nicht zu rütteln: Der realsozialistische (eigentlich kommunistische)

Traum, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel mache alles plötzlich anders und besser, sei zerronnen.

Man kann es auch so sagen: Diese Enzyklika ist, auch wenn das Wort „Eigentum“ darin nicht einmal vorkommt, eine Apologie bestehender Eigentumsverhältnisse, speziell des Privateigentums an Produktionsmitteln.

Wenn in der Enzyklika also der Frage nachgegangen wird, wie Gerechtigkeit herzustellen sei und worin sie bestehe, dann immer unter diesen Voraussetzungen. Wie ist unter den Bedingungen des Privateigentums an Produktionsmitteln, einem gewissen Gemeineigentum auch, heute Gerechtigkeit zu denken und herzustellen?

Eine erste Antwort lautet: Gerechtigkeit ist nur innerhalb von Gemeinschaften herzustellen. Sie basiert jeweils auf dem Gemeineigentum der Gemeinschaftsmitglieder und ist primär eine Frage der gerechten Verteilung. Gerecht aber ist die Verteilung dann, wenn nach dem Subsidiaritätsprinzip verteilt wird: „Jedem das Seine.“

Eine zweite Antwort lautet: Diese Verteilungsgerechtigkeit innerhalb bestehender Gemeinschaften ist immer wieder neu herzustellen und nie wirklich zu erreichen. Warum? Weil das Motto: „Jedem das Seine!“ eben nicht nur diese innergemeinschaftliche Anteilnahme meint, sondern auch die Art und Weise, wie die Gemeinschaften selbst und ihre Mitglieder zu Gütern kommen. Das geschieht zum überwältigenden Teil durch den Austausch dessen, was man auf privatkapitalistischer Basis produziert hat und, für die Masse der Lohnabhängigen, dass sie einen Anteil am Ertrag des von ihnen mit produzierten bekommen. Kurz: „Jedem das Seine!“ meint neben dem in Gemeinschaft jedem Mitglied zustehenden Anteil eben auch den Anteil am Gewinn des produzierten Reichtums, den der Markt, also die Gesellschaft, hergibt.

Wenn der Papst davon spricht, dass das „Erbauen einer gerechten Gesellschafts- und Staatsordnung, durch die jedem das Seine wird, ... eine grundlegende Aufgabe (ist), der sich jede Generation neu stellen muss“, dann ist damit also erstens der innergemeinschaftliche Ausgleich zwischen den Mitgliedern gemeint – auf Staatsebene für die Staatsbürger, zuerst aber innerhalb der Gemeinschaft der katholischen Kirche. Zweitens ist damit aber auch gemeint, dass es bei der Verteilung des Gewinns, also auf dem Markt, gerecht zu gehen soll. Man kann nun unterstellen, dass es dazu Hinweise in der katholischen Staats- und Gesellschaftslehre gibt, etwa solche, die Arbeitsverhältnisse betreffen, die Entlohnung usw. Dass der Staat hierbei eine regulierende Funk-

tion haben sollte, kann man mit Blick auf die gültige katholische Lehrmeinung ebenso unterstellen.

In dieser Enzyklika ist davon keine weitere Rede. Es wird nur eine Grenze markiert, wenn dem „totalen Versorgungsstaat“ eine Absage erteilt wird.

Die Enzyklika überlässt die Frage nach der Gerechtigkeit der praktischen Vernunft und der Politik, bestätigt aber die „reinigende“, d.h. ethisch leitende Rolle des Glaubens und der Kirche. Interessanterweise wird dies wieder nur für das innergemeinschaftliche Verhalten der Gläubigen thematisiert, für die Rolle des Glaubens bei der Caritas und eben für das Engagement von Katholiken als Staatsbürger, also in der Politik. Der Katholik als Citoyen ist „berufen, persönlich am öffentlichen Leben teilzunehmen“ und „das gesellschaftliche Leben in rechter Weise so zu gestalten,



Aus: *Unseren täglichen Witz gib uns heute*, Achim Frenz (Hrg.), Caricatura, Historisches Museum Frankfurt am Main, Kein & Aber AG Zürich, 2001, ISBN 3-0369-5205-5

indem sie dessen legitime Eigenständigkeit respektieren und mit den andern Bürgern gemäß ihren jeweiligen Kompetenzen und in eigener Verantwortung zusammenarbeiten“.

Wohlgemerkt: hier ist immer vom Staat und vom Staatsbürger, Citoyen, die Rede und nicht von der Wirtschaft und vom Bourgeois. Über Gerechtigkeit nach katholischem Maßstab für das Wirtschaftsleben schweigt Benedikt XVI. in dieser Enzyklika.

3. Fazit:

Zustimmen kann man dem Papst darin, dass das politische Ziel des Staates und der Politik die Verfolgung der Gerechtigkeit für seine Bürger sein sollte. Schutz der Güter der Gemeinschaft, d.h. des Gemeineigentums, eine bedachte Bewirtschaftung desselben sowie die Garantie eines gerechten Anteils daran – das sind auch Maßstäbe sozialistischer

Politik.

Zustimmen können Sozialistinnen und Sozialisten auch der Forderung, dass das Streben nach Gerechtigkeit das jeweils eigene Gemeinwesen transzendieren sollte. Die These von der Universalität der Gerechtigkeit ist auch die un-

sere. Zustimmen können wir gleichfalls der These, dass staatliches Handeln niemals zu einem Zustand vollendeter Gerechtigkeit führen kann und dass keine noch so gerechte Staatsordnung gelebte Solidarität, Menschlichkeit, den „Dienst der Liebe“, überflüssig machen wird.

Alles, was Benedikt XVI. zur Caritas sagt, die mehr sein muss als bloße kommerzialisierte und professionalisierte „Dienstleistung am Menschen“, können wir unterstützen. Freilich sollten wir die Praxis der Kirchen auf diesem Gebiet in Deutschland nicht ignorieren. Weit überwiegend werden diese Dienstleistungen, von kirchlichen Trägern und Einrichtungen erbracht, durch Steuermittel finanziert. Das spezielle Arbeitsrecht in den entsprechenden Tendenzbetrieben wird nicht selten rigider gehandhabt als der sanft ermahnende Ton, den der Bischof von Rom hier anschlägt, erahnen lässt.

Die wesentliche Differenz zwischen katholischer Lehrmeinung, wie sie auch in dieser Enzyklika geäußert wird, sollte sozialistische Politik in der Frage haben, wie Gerechtigkeit im Sinne eines Anteils aller Menschen an den lebensnotwendigen Gütern, wir nennen sie Freiheitsgüter, unter der Bedingung hergestellt werden kann, dass diese Güter heutzutage weit überwiegend nicht mehr gemeinschaftlich, sondern auf der Grundlage privatkapitalistischer Produktion erzeugt und ausgetauscht werden. Wir sind der Auffassung, dass Politik, Gesetz, dass der Staat hier regulierend eingreifen muss. Und wir sind auch der Auffassung, dass die Vorherrschaft kapitalistischen Eigentums an den hauptsächlichen Produktionsmitteln durch umfassende Demokratisierung gesellschaftlicher Grundentscheidungen und der Verfügung über hochkonzentriertes Kapitaleigentum und Finanzfonds gebrochen werden muss.

Am Ende sollten Sozialistinnen und Sozialisten sich im Dialog und in der Auseinandersetzung mit Katholikinnen und Katholiken auf die für beide Seiten deutlich erkennbaren Chancen des Staates und der Politik für eine gerechtere Ordnung der Gesellschaft konzentrieren und im Bewusstsein der jeweils an andren Stellen gesetzten Grenzen von Staat und Politik die Kooperation im Interesse der Schwächsten unter uns suchen.

Aus: *Kurzinformation, Die Linke.PDS, Parteivorstand, Bereich Strategie & Politik, 1/2006*



Rosa-Luxemburg-Stiftung

Tagungen und Konferenzen der Rosa-Luxemburg-Stiftung im März

Rosa Luxemburg und die Diskussionen der Linken in der Gegenwart mehr.

Die Beschäftigung mit Rosa Luxemburg liefert vielfältige Ansätze für die Entwicklung der linken sozialistischen Bewegung. Die Konferenz will diese Erkenntnisse für aktuelle politische Debatten nutzbar machen. *Termin:* 3.3. bis 4.3. Ort: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin. Kontakt: Dr. Wolfgang Bey, Tel:030 44310161

Dem Kapital auf der Spur: Kritische Aktionäre 1986-2006 mehr.

Für mehr Umweltschutz und mehr soziale Gerechtigkeit argumentieren Kritische Aktionärinnen und Aktionäre seit Mitte der 1980er Jahre in den Hauptversammlungen deutscher Konzerne. Am 23. Februar 2006 jährt sich die Gründung ihres Dachverbands zum 20. Mal. Mit: Helmut Paschlau, Gründungsmitglied des Dachverbands Kritischer AktionärInnen; Ulla Lötzer MdB, Köln; Torsten Keltsch, Jurist, Universität Leipzig; u.v.a.m. *Termin:* 4.3. 12 Uhr bis 4.3. 19 Uhr. Ort: Hotel Regent, Melatengürtel 15, 50933 Köln. Kosten: 25 EUR. Kontakt: RLS-NRW, Tel:0203 3177392

Neue Chancen – alte Kämpfe. Geschlechterverhältnisse in den Debatten der Linken. Reihe „Gesellschaftspolitisches Forum“. *Termin:* 10.3. 10 Uhr bis 11.3. 14 Uhr Ort: Mainz. Kontakt: Dr. phil. Eva Schäfer, Tel:030/44310 133, Fax:030 44310 222

Leben oder Überleben? Soziale Gerechtigkeit im Zeitalter globaler Umweltkrisen. Reihe „Gesellschaftspolitisches Forum“. *Termin:* 17.3. bis 18.3. Ort: Heidelberg. Kontakt: Dr. Klaus Meier, Tel:030 44310145

Eine neue Linke in Bayern? *Termin:* 18.3. 11 Uhr bis 18.3. 19 Uhr; Ort: München. Kontakt: Dr. Florian Weis, Tel:030 – 44310 164

25. Februar. Fulda. Arbeitsausschuss Forum.

1. März, Passau. Politischer Aschermittwoch der Linkspartei.PDS mit Gregor Gysi und Klaus Ernst.

1. März bis 31. Mai. Bundesweit. Betriebsratswahlen.

4./5. März. Mannheim. Bundesdelegiertenkonferenz der WASG. Verschoben auf 29./30. April wegen statuarischer Probleme. Stattdessen Wahlparteitag Landtagswahlen.

8. März. Internationaler Frauentag. DGB-Motto: „Gleich gestellt, doppelt stark“.

6. bis 9. April. Athen. Europäisches Sozialforum in Griechenland.

8./9. April. Frankfurt/Main. Jahreskonferenz Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften. Thema: Soziale Bewegungen (Mindestlohn, Arbeitszeit) in Europa und ihre Ergebnisse.

14. bis 17. April, bundesweit: Ostermärsche

29. und 30. April 2006, Halle: 10. Parteitages der Linkspartei.PDS. Die 1. Tagung des 10. Parteitages wird sich mit einer Analyse der politischen Situation unter den Bedingungen einer großen Koalition, nach den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt sowie nach der Kommunalwahl in Hessen befassen. Die Tagung soll Schlussfolgerungen für die Arbeit der Linkspartei.PDS, besonders für die 2006 noch bevorstehenden Wahlkämpfe zu den Landtagswahlen in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und zur Kommunalwahl in Niedersachsen, ziehen. Neben dem

Parteivorstand werden weitere Gremien der Linkspartei.PDS gewählt werden.

29./30. April, Ludwigshafen. Bundesparteitag der WASG.

1. Mai 2006. DGB-Motto: „Deine Würde ist unser Maß“

7. Mai, Würzburg. Bundestreffen der AG Betrieb & Gewerkschaft der Linkspartei.PDS.

22. bis 26. Mai, Berlin: 18. Ordentlicher Bundeskongress des DGB: „Die Würde des Menschen ist unser Maßstab“.

24. Mai. Saarbrücken. 96. Deutscher Katholikentag. Motto: „Gerechtigkeit vor Gottes Angesicht“.

3. bis 6. August. Linke Sommerschule. Der Ort steht noch nicht fest.

1./2. September, Rostock. Ostseefriedenskonferenz.

9. September, Zabeltitz (bei Risa). Bundestreffen der AG Betrieb & Gewerkschaft der Linkspartei.PDS.

10. bis 15. September. Bayern. Papst Benedikt XVI. zu Besuch in Bayern.

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Land		Termin	Wahlperiode
2006	März	Hessen	Kommunal	26.3.	5 Jahre
	März	Baden-Württemb.	Landtag	26.3.	5 Jahre
	März	Rheinland-Pfalz	Landtag	26.3.	5 Jahre
	März	Sachsen-Anhalt	Landtag	26.3.	4 Jahre
	Sept.	Niedersachsen	Kommunal	10.9.	5 Jahre
	Sept.	Meck.-Pomm.	Landtag	17.9.	4 Jahre
	Sept.	Berlin	Land/Kom.	17.9.	5 Jahre
	Frühj.	Bremen	Landtag		4 Jahre
	Herbst	Bremerhaven	Kommunal		4 Jahre
2008	Frühj.	Hamburg	Land/Kom.		4 Jahre
	Frühj.	Hessen	Landtag		5 Jahre
	Frühj.	Niedersachsen	Landtag		5 Jahre
	Frühj.	Bayern	Kommunal		6 Jahre
	Frühj.	Schleswig-Holstein	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Bayern	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Kommunal		5 Jahre

Quellen: www.bundeswahlleiter.de, Landeswahlleiter